
BILDUNGSPOLITIK

HOCHSCHULPROBLEME

SOZIALDEMOKRATEN

LESERBRIEFE

LYRIK

skolast

nummer 2

der fahrende skolast-zeitschrift der südtiroler hochschüler - mai 1973 - 18. jahrgang

Die Spalte des Pressereferenten

Wozu denn noch den Skolast? Bloß als Gegenfüßler jeder anderen publizistischen Meinungsäußerung? Lohnt es sich, in jede Nummer etwas mehr als 400.000 Lire zu investieren, damit der Empfänger die Mühe auf sich nehmen muß, die paar Seiten möglichst ungelesen in den nächsten Papierkorb zu befördern? Ist es nicht besser, dem scherzhaften Rat eines Kollegen folgend zu dekretieren: « Ich Redakteur der Letzte — daß ein Stein sich erbarmt, Besitzer mancher unbrauchbarer Einfälle und mehrerer schätzbaren, erst in Zukunft geborener Mitarbeiter — denn die jetzt lebenden Südtiroler Naturkräfte sind anscheinend zum größten Teil bereits mit Beschlag belegt —, ich ernenne zum Ritter des goldenen Fließpapierordens alle bisherigen Mitarbeiter und entbiete meinen Gruß an die vielen bislang schlummernden Talente, die vielleicht eines Tages den Reichtum ihrer Gedanken für eine « obsoleete Sache » einsetzen, wie sie der Skolast darstellt ».

Noch lebt der Skolast. Und er hat seine Funktion als Informations- und Diskussionsblatt der Südtiroler Hochschüler. Ob er dieser Funktion jeweils gerecht wird, hängt auch von Ihnen ab!

In der vorliegenden Nummer wird der derzeitigen Problematik entsprechend vorwiegend zur Frage der Werkstudentenkurse und zur Bildungsplanung in Südtirol allgemein Stellung genommen, und zwar aus verschiedener Sicht. Es bleibt natürlich jedem freigestellt, anzunehmen oder abzulehnen, was hier geboten wird, und jeder hat das Recht (die Pflicht?), sich durch Wort und Zuschrift dazu zu äußern.

HELMUT GRITSCH

INHALTSVERZEICHNIS

Hellmuth Ladurner: Bildungsplanung für Südtirol	3
Dr. Otto Saurer: Schulautonomie für Südtirol	5
Hellmuth Ladurner: Bildungsprobleme einer mehrsprachigen Region	8
Vittorio Luciani: Migliaia di posti di lavoro in Italia occupati da personale straniero	12
Franz-Josef Spinell: Universität ohne Zukunft?	13
Gruppe Südtiroler Hochschüler: Universitätsstudenten - Südtirols Stiefkinder?	14
Vorstand der SH: Vorschlag zur Frage der internationalen Zusammenarbeit auf dem Hochschulsektor in Südtirol	15
Josef Fontana: Zur Südtiroler Hochschulpolitik	16
Egon Schwarz: Sozialdemokratie in Südtirol	17
Hubert Gasser: Diskussion mit der S.P.S.	19
Uschi Messner: Zur Buchkritik	20
Emil Stocker: Südtiroler Eigenständigkeit	21
Diogenes: Offener Brief	21
Matthias Abram: E. Bloch: Es kommt darauf an, das Hoffen zu lernen	22
Erich Messner: Lyrik	23
Dr. Luis Ruedl: Der Weg zum Arzt - Beruf	24
Promotionen	25

Wir ersuchen unsere Mitglieder, Akademiker und Abonnenten höflichst, den Mitgliedsbeitrag bzw. das SKOLAST-Abonnement für 1973 bereits jetzt einzuzahlen.

Einerseits sind wir auf den Beitrag jedes einzelnen angewiesen, andererseits vermeiden Sie damit, daß wir Sie mit Bettelbriefen belästigen.

Im voraus herzlichen Dank,

DER SH-VORSTAND

BILDUNGSPOLITIK

Bildungsplanung für Südtirol

I.

1. Unsere Gesellschaft wird mit dem Begriff « Bildungsgesellschaft » umschrieben. Sie soll die industrielle Gesellschaft ablösen. Dieser Übergang vom industriellen Zeitalter zum tertiären Zeitalter zeigt sich auch deutlich in dem zunehmenden Interesse der Wissenschaft an den Institutionen, die die Bildungsgesellschaft kennzeichnen: so wie im Zeitalter der Industrie in diesem Bereich die Technik zum Einsatz kam und die wissenschaftliche Analyse sich den Problemen des Industriesektors zuwandte, so zeichnet sich bereits jetzt eine analoge Vorgangsweise auf dem Bildungssektor ab, indem sowohl die technischen Erläuterungen verstärkt in den Bildungsinstitutionen eingesetzt werden (Sprachlabor, usw.) aber auch das wissenschaftliche Interesse sich verstärkt dem Bildungsproblem zuwendet.

2) Wichtige Kennzeichen dieser Entwicklung sind:

- a) das verstärkte Interesse der direkt Betroffenen an der weiterführenden Schulbildung (Schülerexplosion)
- b) die überall einsetzenden Reformtätigkeiten auf diesem Sektor. Diese Reformen sind nicht nur durch die zunehmenden Schülerzahlen und durch die Ausweitung der Pflichtschuljahre bedingt, sondern sie sind getragen vom Grundsatz, daß die Reform der Gesellschaft nur über eine Bildungsreform wirkungsvoll einsetzen kann. Für Steinbuch ist der « Schlüssel zur Lösung unserer gesellschaftlichen Probleme... die Bildungsreform » (Programm 2000, S. 34).

3) Eine solche Reform kann aber nicht partiell einsetzen, indem bestimmte Reformmaßnahmen, so z. B. quantitative Maßnahmen auf dem Sektor Schulhausbau, losgelöst verwirklicht werden. Die enge Verknüpfung zwischen allen Bereichen gesellschaftlicher Wirklichkeit läßt eine solche Vorgangsweise nicht zu: Reformen haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie in einem Gesamtzusammenhang gesehen werden und in den Rahmen einer globalen Reform gestellt werden. Es muß daher eine quantitative Ausweitung der Bildungsinstitutionen mit den qualitativen Änderungen dieser Institutionen einsetzen. « Bildungsplanung ist ohne Zukunftsforschung nicht möglich » (Steinbuch, Programm 2000, S. 112). Die ungeplante Entwicklung des Bildungssektors muß in eine Katastrophe führen — typische Fälle dafür sind Deutschland (Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe) und Italien (OECD - Country Reports, Italy, Paris 1965).

4) Es dürfte als eine gesicherte

Erkenntnis angesehen werden, daß eine fehlende Planung auf dem Bildungssektor beim heutigen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht mehr verantwortet werden kann. Abgesehen vom unrationellen Einsatz finanzieller Mittel bei fehlender Planung können zwei wichtige Grundsätze in diesem Zusammenhang angeführt werden:

- die Innovationsmöglichkeit und die Reformfreudigkeit werden entscheidend von der Struktur und der Offenheit der Schule bestimmt. Keine Institution hat einen solchen tiefgreifenden Einfluß auf die gesamte Zukunft des Individuums wie die bildungsmäßigen Einflüsse, die Schule und Elternhaus auf ihn ausüben.
- Fehlentscheidungen auf dem Bildungssektor werden für den Großteil der Bevölkerung erst nach Jahrzehnten ersichtlich. Versäumnisse auf diesem Sektor sind für den Einzelnen nicht so unmittelbar ersichtlich wie Versäumnisse oder Fehler auf anderen Sektoren, wie z. B. Straßenbau, Volkswohnbau usw.

5) Ein weiteres Kennzeichen ist die Ausweitung der Bildungsproblematik auf den internationalen Raum: nationale Bildungspläne müssen gleichzeitig Rücksicht auf die internationalen Entwicklungen nehmen und die Möglichkeiten des Auslandes miteinbeziehen.

II.

1) In Südtirol wird der Bildungssektor von folgenden Entwicklungen beeinflusst:

- a) durch die Reformbestrebungen Italiens auf dem Bildungssektor, die mit der Errichtung der Einheitsschule im Jahre 1962 eingesetzt hat;
- b) durch den wirtschaftlichen Umbruch in Südtirol, der durch den Übergang von der agrarisch strukturierten Wirtschaft auf den Industrie- und Dienstleistungssektor gekennzeichnet wird;
- c) durch den Bedarf an qualifizierten Kräften, sei es durch die Ausweitung der Schülerzahlen (Bedarf an Lehrern), sei es durch das Paket (Bedarf an Verwaltungsbeamten)
- d) durch die gesellschaftlichen Reformen, die politisch durch die Stärkung der Provinz (Paket), kulturell durch den Einzug moderner Geistesströmungen, gesellschaftlich durch den notwendigerweise einsetzenden Generationenwechsel gekennzeichnet sind;
- e) durch die schulischen Reformen in Südtirol, die durch strukturelle Veränderungen eingeleitet werden müssen, so z. B. Abbau der Zwergschulen, Ausbau der Oberschulen, Werkstudentenkurse, usw.

2) Weiterhin werden der Provinz durch die Verabschiedung des sog. kleinen Paketes am 9.3.1972 wichtige Befugnisse auf dem Sektor der statistischen Erhebungen und der Planung übertragen (Maßnahme 109 und 112 des Paketes)

III.

In Hinblick auf das Verfassungsgesetz Nr. 1 vom 10.11.1971 erhält die Provinz die primäre Gesetzgebungsbefugnis auf folgenden Bereichen der Schule:

- Vorschule
- Schulfürsorge
- Schulhausbau
- Berufsschulen und berufliche Weiterbildung

Will nun die Provinz diese Bereiche so strukturieren, daß sie sowohl den Bedürfnissen der Volksgruppe als auch den modernen Erkenntnissen auf diesem Gebiet gerecht werden, so ist ein planerisches Vorgehen gekoppelt mit wissenschaftlichen Untersuchungen unerlässlich. Es ist einwandfrei gesichert, daß die ersten Lebensjahre eines Kindes für die späteren Leistungen und die sozialen Aufstiegschancen entscheidend sind. Abgesehen von den Aufgaben der Erwachsenenbildung, die hier gegeben sind, muß ein Vorschulprogramm, das auf kompensatorische Erziehungsprozesse vor allem für minderbemittelte Schichten aus ist, wissen, wo in erster Linie ein solches Programm eingesetzt und wie es verwirklicht werden muß. Dies setzt voraus, daß sowohl die Ausbildung gezielt auf die für unsere Volksgruppe vordringlichen Maßnahmen ausgerichtet wird, als auch daß der Kindergartenbau und die Standortwahl von den Kriterien der Bedürfnisse und der Prioritäten bestimmt werden. Weiterhin muß die Ausbildung der Kindergärtnerinnen in engem Zusammenhang mit jener der Volksschullehrer gesehen werden.

Als drittes Moment muß noch die Erwachsenenbildung miteinbezogen werden.

Die gleichen Überlegungen gelten für den Schulhausbau, der auch in Hinblick auf die modernen Erkenntnisse im erziehungswissenschaftlichen Bereich und in Hinblick auf die zukünftige Gestaltung des Unterrichts (Gruppenunterricht, Großklassen, usw.) geplant werden muß.

Eine Reform muß auf jeden Fall von Effizienzkontrollen begleitet werden, damit die Erfahrungen einzelner Reformschritte wieder korrigierend in das bestehende Gesamtreformprogramm eingebaut werden können.

IV.

Der zweite große Bereich umfaßt das Volksschulwesen in Südtirol: die in nächster Zeit notwendig werdenden Reformen und Strukturän-

derungen (so z. B. Abbau der Zwergschulen) können nur im Rahmen eines Gesamtplanes sinnvoll bewältigt werden. Es geht dabei nicht nur um die Zusammenlegung von Schulen, sondern — in Hinblick auf die hohen Repetentenquoten — um eine innere Schulreform, die eng mit dem Vorschulwesen verknüpft sein muß.

Dem man « darf annehmen, daß vieles von dem, was in der Schule nicht mehr gelingt, schon in der vorschulischen Zeit vielleicht irreparabel mißglückt ». Wenn wir beobachten, mit welchen unterschiedlichen Erfolgen Kinder in der Schule lernen, muß deshalb zurückgefragt werden nach ihren vorschulischen Lehrerfahrungen, bevor ein genetisch bedingter Begabungsmangel als Ursache für das Versagen angenommen werden darf (Deutscher Bildungsrat, Gutachten und Studien der Bildungskommission, Band 4, Begabung und Lernen, S. 39).

V.

Als dritter Bereich müssen die Mittelschulen und Oberschulen angesprochen werden. In Hinblick auf die sekundäre Zuständigkeit des Landes auf diesem Sektor gilt es zu überlegen, wie die Ausbildungsgänge dieser Schulen so strukturiert bzw. ergänzt werden können, daß sie den Bedürfnissen der Volksguppe Rechnung tragen. Eine Antwort auf diese Frage kann nur eine eingehende Curriculaforschung ergeben.

Weiterhin muß in ein schulisches Gesamtkonzept der Bereich der Berufsschule so eingebaut werden, daß eine vertikale und horizontale Mobilität gesichert wird. Dies setzt eine gründliche Reform der Organisation und der Lehrpläne der Berufsschulen voraus.

VI.

Entscheidend für jede Reform und für das Bestehen der Schule selbst ist der Lehrerstand, d.h. die Lehreraus- und -fortbildung. Dies muß aber von den strukturellen Mängeln der Schule und den unterentwickelten kognitiven Bereichen des Großteils der Schüler hergesehen werden, d.h. der Lehrer muß vor allem dort im verstärkten Maße ausgebildet und fortgebildet werden, wo sich die schwerwiegendsten Defizienzerscheinungen bei den Kindern zeigen, so z.B. geringe sprachliche Ausdrucksfähigkeit, unterentwickelte Kreativität infolge autoritärer Erziehung, usw.

VII.

In diesem Gesamtzusammenhang müssen auch die Bereiche: Hochschulausbildung, Erwachsenenbildung, Weiterbildung, Bibliothekwesen, Museen, Heime, Sportanlagen gesehen werden.

VIII.

In Hinblick auf die Reformtendenzen im Bereich der Oberschule in Italien wird Südtirol in nächster Zeit eine Versuchsschule (z. B. Versuchsbiennium) einrichten müssen. Eine solche Versuchsschule kann aber nur sinnvoll eingerichtet werden, wenn

- die zukünftigen Entwicklungen der Schule
- der zukünftige Bedarf an qualifizierten Kräften aufgeschlüsselt nach Berufsqualifikationen (d.h. die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Landes) bekannt ist bzw. abgeschätzt werden kann und
- wenn eine wissenschaftliche Begleitung der Versuchsschule gesichert werden kann.

Zu diesem Zweck muß ein erziehungswissenschaftliches Institut über mehrere Jahre (mindestens 3) für die Durchführung dieser Schulversuche beauftragt werden.

IX.

Durch die besondere Situation der deutschsprachigen Minderheit in Italien kann der Bildungsbereich nicht aus der Sicht der Provinz allein gesehen werden, sondern muß überregional konzipiert werden.

Wenn man den künftigen Einsatz der Technik in der Unterrichtsgestaltung sowie den verstärkten Zufluß von Interessenten an den technischen Oberschulen (besonders der Gewerbeoberschule mit den verschiedenen Fachrichtungen) und die immer größer werdende Bedeutung der Berufsschulen in Betracht zieht, so zeigt sich bereits jetzt, daß Südtirol keineswegs in der Lage sein wird, alle Fachrichtungen im Lande einzurichten, d.h. es kann nicht allen Bildungsansprüchen gerecht werden. Es wäre daher naheliegend, unter der Voraussetzung der Anerkennung der entsprechenden Abschlußtitel, daß Südtirol mit Nordtirol die Schulplanung abspricht. Warum sollte nicht Südtirol einen bestimmten Schulzweig errichten, der auch von Nordtirolern besucht werden könnte, so wie Nordtirol andere Zweige einführt, die in gleicher Weise von Südtirolern besucht werden. Die Vergangenheit war in dieser Hinsicht einseitig ausgerichtet: Südtiroler gingen nach Nordtirol, weil dort effektiv größere Ausbildungsmöglichkeiten geboten wurden (z.B. HTL - Absolventen).

Warum soll hier nicht in Zukunft ein Gleichgewicht gefunden werden? Als zweiter Aspekt muß in diesem Zusammenhang angeführt werden, daß Südtirol sowohl die schulischen Möglichkeiten der benachbarten Länder als auch der benachbarten Provinzen in die Planung einbeziehen muß, und damit auch die Reformtendenzen dieser Länder auf dem schulischen Sektor.

Die gleichen Überlegungen gelten natürlich auch für den Hochschulsektor.

X.

Aus diesen hier kurz skizzierten Gründen muß eine wissenschaftlich fundierte Bildungsplanung und Bildungsforschung für Südtirol einsetzen.

Der Landesausschuß hat dieser Situation auf dem Schulsektor Rechnung getragen und zwei Institute der Universität Innsbruck (Institut für Erziehungswissenschaft und Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik) beauftragt, Grundlagenforschungen sowie statistische Erhebungen an den Schulen Südtirols durchzuführen. Diese Erhebungen erstrecken sich über die Schule aller drei Volksgruppen.

Das Institut für Erziehungswissenschaft hat sich zur Aufgabe gestellt, « die Bildungschancen jener Kinder zu verbessern, die aufgrund der ungünstigen Verkehrslage oder auch aufgrund ungünstiger sozialer und kultureller Bedingungen im ländlichen Raum benachteiligt sind ». Die Untersuchungen erstrecken sich auf mehrere Bereiche und umfassen vor allem qualitative Aspekte:

1. Erhebung bei den vierzehnjährigen Schülern an den deutschsprachigen, italienischsprachigen Mittelschulen und an den Mittelschulen der ladinischen Ortschaften;
2. Da der Lehrer im Ausbildungssystem eine zentrale Rolle einnimmt, und von seiner Mitarbeit und seiner Qualifikation weitgehend die Möglichkeit von Innovationen abhängt, wird eine Untersuchung über die Lehreraus- und -weiterbildung durchgeführt;
3. Durch eine Intensivuntersuchung bei einer begrenzten Anzahl von Kindern, die im kommenden Herbst einschulen, soll, in engster Zusammenarbeit mit den betreffenden Lehrkräften und Eltern, die Möglichkeit von geplanten und wissenschaftlich begleiteten Innovationen an ausgewählten Volksschulen Südtirols erprobt werden.
4. In diesem Zusammenhang soll auch eine Untersuchung über die qualitative Struktur der Schule in Südtirol durchgeführt werden.

Die Vorarbeiten für die Erhebung bei den vierzehnjährigen haben bereits im Jänner dieses Jahres begonnen, da diese Erhebung noch in diesem Schuljahr durchgeführt werden wird. Die anderen drei Bereiche werden im kommenden Herbst in Angriff genommen.

Das Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik befaßt sich vor allem mit den quantitativen Problemen des Schulwesens sowie mit dem Problem des zukünftigen Ange-

bots an Arbeitsplätzen in Südtirol. Es soll dabei vor allem die Frage geklärt werden, inwieweit die Forderung nach „Recht auf Bildung“ der Forderung nach „Recht auf Arbeit“ entspricht, d.h. es soll geklärt werden, inwieweit bei gleichbleibender Entwicklung des Südtiroler Schulwesens den Schulgängern auf den verschiedenen Schulstufen (Mittelschuldiplom, mittlere Reife, Reifediplom, akademischer Grad berufsqualifizierende Diplome) ein ihrer Ausbildung entsprechendes Angebot an Arbeitsplätzen gegenübersteht, bzw. in welcher Hinsicht Änderungen vorgenommen werden müssen.

Zur Klärung dieser Fragestellungen sind folgende Erhebungen notwendig:

1. Erstellung einer differenzierten Schülerverlaufsstatistik und einer fortlaufenden Lehrerkartei;
2. Erstellung einer Bedarfsanalyse an Schulräumen und Schulbauten;
3. Erhebungen im Wirtschaftssektor, um folgende Merkmale festzustellen: Gliederung der Arbeitskräfte in Südtirol nach Zugehörigkeit zu den einzelnen Berufsbranchen, Ausbildungsgrad, Stellung im Beruf. Besondere Bedeutung wird auf die Probleme der Berufsmobilität und -flexibilität gelegt.

Bisher wurde durch das Institut die im Vorprojekt vorgesehene Erhebung unter den Absolventen der landwirtschaftlichen Schulen Südtirols durchgeführt und abgeschlossen. Das Institut arbeitet jetzt die erhobenen Daten aus. Die weiteren Arbeiten werden erst im April d.J. in Angriff genommen, da die Beauftragung durch den Landesausschuß sich verzögert hatte.

XI.

Der Landesausschuß hat in seinem Beschluß auch vorgesehen, einen Bildungsplan für die Erwachsenenbildung in Südtirol erstellen zu lassen. Das Referat für Erwachsenenbildung hat daraufhin in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für Weiterbildung und dem Nordtiroler Referenten für Weiterbildung unter der Leitung von Prof. Wenzel ein Vorprojekt ausgearbeitet. Die Durchführung dieser Arbeiten soll vor allem durch das Referat für Weiterbildung sowie durch die einzelnen Weiterbildungsorganisationen sichergestellt werden.

XII.

Bildungsplanung wird in diesem Zusammenhang nicht als eine Tätigkeit verstanden, die allein auf die Erstellung eines auf wissenschaftliche Untersuchungen aufgebautes Gutachten abzielt, sondern als ein dauernder Prozeß, wobei die Untersuchungen der beiden Institute nur den Beginn dieses Prozesses darstellen. Aus diesem Grunde muß Bildungsplanung im Lande selbst institutionalisiert werden, d.h. in den beiden Assessoraten für Schule und Kultur muß ein eigenes Amt für Bildungsprogrammierung eingerichtet werden. Dadurch soll eine Weiterführung der Untersuchungen und Innovationsansätze sichergestellt werden.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, geeignete Strukturen vorzusehen, die die Umsetzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse in die politische Praxis sicherstellen. In organisatorischer Hinsicht wurde deshalb vorgesehen, neben den beiden wissenschaftlichen Teams und dem Organisationsteam in Südtirol (das sind die für die Organisation

der Bildungsplanung in Südtirol hauptamtlich verantwortlichen Personen, z. Z. drei), ein deutsches und ein italienisches Expertenteam einzusetzen. Dieses soll bildungspolitische Empfehlungen vorbereiten, den wissenschaftlichen Teams beratend zur Seite stehen und alle bildungspolitisch relevanten Probleme aufgreifen. Die Empfehlungen sollen durch eine Bildungskommission, die sich aus Politikern und Experten zusammensetzt und vom Landesausschuß eingesetzt wird, verabschiedet und an den Landesausschuß weitergeleitet werden.

XIII.

Das Gelingen von Innovationen im Schulbereich, und Bildungsplanung enthält immer innovatorische Ansätze, hängt weitgehend von der Bereitschaft aller Interessierten und betroffenen Kreise (Lehrer, Eltern, Parteien, Kirche, Schüler, Gewerkschaften, usw.) zur Mitarbeit ab. Erste Voraussetzung dafür ist eine gründliche und dauernde Information dieser Kreise. Diese Information soll über die Massenmedien sowie durch direkte Gespräche erfolgen. Weiterhin ist geplant, eine 14-tägige Pressinformation über die Tätigkeit und Probleme im Bereich der Bildungsplanung herauszugeben.

Die Vorprojekte werden in nächster Zeit wieder aufgelegt und interessierten Personen zur Verfügung gestellt. Das Sekretariat für Bildungsplanung des Assessorats für Schule und Kultur (Bozen, Waltherhaus, 4. Stock, Tel. 25 8 07) ist gerne bereit, auf Wunsch, diese Vorprojekte interessierten Personen weiterzuleiten; es steht auch gerne zu Informationsgesprächen zur Verfügung.

HELLMUTH LADURNER

Schulautonomie für Südtirol

Am 20.1.1973 hat der Ministerrat die Durchführungsbestimmungen für den Bereich der Schule genehmigt. Die Veröffentlichung des entsprechenden Dekretes des Staatspräsidenten im Amtsblatt der Republik sollte nicht mehr länger auf sich warten lassen. Es kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß sich die im Art. 107 des neuen Sonderstatuts vorgesehene Sechserkommission auf einen Text einigen konnte, der mit Ausnahme der Bestimmungen über die Schulordnung in den ladinischen Tälern von allen Kommissionsmitgliedern angenommen wurde. Auch wurde der im Art. 109 des Statuts vorgesehene Termin gewahrt. Die Provinz Bozen kann nun

25 Jahre nach Inkrafttreten des alten Statuts vom 26.2.1948 ihre gesetzgeberischen und verwaltungsmäßigen Zuständigkeiten wahrnehmen. Bisher wurde dies in Ermangelung der Durchführungsbestimmungen vereitelt (siehe Urteil des Verfassungsgerichtshofes Nr. 25 vom Jahre 1957).

Die Schulautonomie der Provinz Bozen ist in den Artt. 8 und 9 des Statuts grundgelegt. Die Provinz hat deshalb in der Gesetzgebung im Bereich der Kindergärten die Verfassung, die Grundsätze der staatlichen Rechtsordnung, die internationalen Verpflichtungen, die nationalen Interessen (zu denen auch die Interessen der sprachlichen Minder-

heiten zählen) sowie die grundsätzlichen wirtschaftlichen und sozialen Reformen des Staates zu beachten. Im Bereich der Volks-, Mittel- und Höheren Schulen muß sich die Provinzialgesetzgebung zusätzlich an den Grundsätzen der Staatsgesetze orientieren.

Der Art. 16 des Statuts bestimmt nun, daß die Provinz in den Bereichen, in denen sie gesetzgeberisch tätig werden kann, auch die Verwaltungsbefugnis hat. Der Art. 1 der Durchführungsbestimmungen überträgt deshalb die Befugnisse der staatlichen Verwaltung im Bereich der Kindergärten, der Volks- und Mittel- und Höheren Schulen sowie der Schulen für Werkstätige an die

Provinz. Zu den Befugnissen der staatlichen Verwaltung werden auch jene gezählt, die der Staat durch die halbstaatlichen Körperschaften ausübt. Die staatlichen Schulen werden deshalb Schulen der Provinz Bozen, bleiben aber Schulen im Sinne des Art. 33 der Verfassung (Art. 3 der Dfb.).

Hinsichtlich der äußeren Struktur kommt die Schulautonomie der Provinz Bozen vor allem in folgenden Bereichen zum Tragen:

1. das staatliche Schulamt wird durch Landesämter ersetzt, Gemäß Art. 28 der Durchführungsbestimmungen wird das staatliche Schulamt 60 Tage nach der Formulierung des Dreivorschlages für die Ernennung des deutschen und ladinischen Schulrates und nach der Errichtung der Ämter aufgelöst. Das jetzt im Schulamt tätige Personal wird innerhalb eines im Landesgesetz über die Errichtung der Ämter vorgesehenen Termines entscheiden müssen, ob es beim Staat bleiben oder zur Provinz übergehen will. Im gleichen Landesgesetz wird auch die rechtliche und wirtschaftliche Behandlung des in den Landesdienst tretenden Personals geregelt werden. Die Volksschullehrer, die gemäß Gesetz vom 2.12.1967, Nr. 1213 abkommandiert sind, können zum Unterricht zurückkehren und haben das Recht auf eine Lehrstelle in der Gemeinde, wo sie bisher Dienst geleistet haben.

2. Die Schulplanung und die Errichtung der Schulen werden Sache der Provinz. Erst mit Inkrafttreten der Durchführungsbestimmungen sind deshalb die Voraussetzungen gegeben, die in der bereits angelaufenen Bildungsplanung gewonnenen Einsichten praktisch umzusetzen (Art. 4 der Dfb.).

3. Die Provinz verleiht das Öffentlichkeitsrecht an die Privatschulen.

4. Die Überwachungsbefugnis über die auf dem Schulsektor tätigen lokalen Körperschaften und über die Schulen mit eigener Rechtspersönlichkeit übernimmt die Provinz. Die Provinz erhält auch das Recht der Auflösung der lokalen Körperschaften (z.B. des Provinzialkonsortiums für den technischen Unterricht) (Art. 2 der Dfb.).

5. Es muß an dieser Stelle erwähnt werden, daß die Durchführungsbestimmungen für den Schulhausbau und für die Schulfürsorge noch nicht genehmigt sind, da sie nicht zu den Bereichen gehören, für die der Art. 109 die Frist von einem Jahr für die Erlassung der Durchführungsbestimmungen vorsieht. Es darf nun kurz vermerkt werden, daß die Durchführungsbestimmungen in den genannten Bereichen die Provinz in die Lage versetzen werden, nicht nur das Patronatswesen neu zu regeln, sondern auch die ge-

samte Fürsorge nach rationellen Kriterien zu organisieren. Hinsichtlich der Schulhausbauten wird von Südtiroler Seite Wert auf die Festbeschreibung des Grundsatzes gelegt, daß die gesamtstaatlichen Fünfjahrespläne ordentliche und nicht ausserordentliche Pläne sind. Sollte dieser Grundsatz nicht akzeptiert werden, so bliebe aufgrund der Bestimmungen des Art. 15 des Statuts die Autonomie der Provinz auf dem Sektor der Schulhausbaues ausgehöhlt.

Die Provinz erhält durch das neue Statut und die entsprechenden Durchführungsbestimmungen weitgehend Einfluß auch auf die innere Struktur der Südtiroler Schule.

1. Durch Gesetz kann die Provinz die staatlichen Prüfungs- und Unterrichtsprogramme ändern. Die entsprechenden Entwürfe müssen allerdings dem Unterrichtsministerium zugeleitet werden, damit ein Gutachten des Obersten Schulrates im Sinne des 8. Absatzes des Art. 19 des Statuts eingeholt werden kann. Der Oberste Schulrat wird zu diesem Zweck durch einen Vertreter der Provinz erweitert (Art. 9 Dfb.). Auch auf die Festlegung der Unterrichtsfächer und deren Gruppierung kann der Provinzialgesetzgeber Einfluß nehmen.

2. Nach langen Diskussionen ist die Sechserkommission zur Überzeugung gekommen, daß die Durchführung der Staatsprüfungen (vor allem der Maturaprüfungen) Sache des Landes ist. Allerdings muß die Provinz die Meinung des Unterrichtsministeriums zu den Entwürfen der Durchführungsverordnungen einholen. Auch müssen die endgültigen Verordnungen dem Ministerium rechtzeitig zugeleitet werden, damit die Prüfungskommissionen ernannt werden können (Art. 1 Dfb.). Die Prüfungskommissionen für die deutschen Schulen müssen im Einvernehmen mit der Provinz ernannt werden (Art. 19 des Statuts).

3. Die Befugnisse der Provinz erstrecken sich natürlich auch auf den Lehrmittelsektor (Schulbücher, Bibliotheken, Materialien, Schulfunk usw.) und auf die Einrichtung der Schulen. Sämtliche Ausgaben, die z.Z. noch zu Lasten des Staates gehen, muß die Provinz übernehmen. Keine Änderung tritt hinsichtlich der Pflichtausgaben der Gemeinden ein.

Ohne Zweifel beinhalten die angeführten Zuständigkeiten eine wesentliche Verbesserung der Schulautonomie der Provinz. Der Art. 19 des Statuts sieht aber derartige Einschränkungen vor, daß es wohl eine Selbsttäuschung wäre, wollte man von einer ersten Autonomie der Volks-, Mittel- und höheren Schulen sprechen:

I. Der Staat behält sich nämlich die Regelung der rechtlichen und wirtschaftlichen Stellung des

Lehrpersonals vor (Art. 1 2. Absatz Dfb.). Die Lehrer bleiben somit Angestellte des Staates (siehe Art. 19 des Statuts). Es ist zwar verständlich, daß die Lehrerverbände Wert darauf legen, daß sämtliche Lehrer im Staatsgesetz gleich behandelt werden. Damit muß aber auch in Kauf genommen werden, daß sich die von den Staatsgesetzen abweichenden Reformen der Provinz in Zukunft in Grenzen halten werden. Gerade das starre Lehrstuhlsystem in den Mittel- und höheren Schulen wird mehr als einen Reformansatz zunichte machen. Die Unveränderbarkeit der Lehrverpflichtung und der wirtschaftlichen Behandlung erlaubt wahrscheinlich hinsichtlich Festsetzung des Schulkalenders und der Schulorganisation keine großen Sprünge. Obwohl bei den Verhandlungen die Ansicht vertreten wurde, daß in den Durchführungsbestimmungen nichts geregelt werden könne, was die rechtliche und wirtschaftliche Stellung des Lehrpersonals berührt, sind noch einige diesbezügliche Bestimmungen enthalten.

1. in erster Linie wird noch einmal der im Statut enthaltene Grundsatz bekräftigt, daß die Lehrer der gleichen Sprachgruppe der Kinder angehören müssen (Art. 12, 2. Abs.).

2. sodann ist für die Volksschule die Einrichtung von 5 Stammrollen vorgesehen (Art. 13 Dfb.).

a) eine Stammrolle für die ital. Volksschullehrer

b) eine Stammrolle für die deutschen Volksschullehrer

c) eine Stammrolle für die italienischen Lehrer an deutschen Schulen

d) eine Stammrolle für die deutschen Lehrer an italienischen Schulen

e) eine Stammrolle für die Lehrer in den ladinischen Tälern

3. Weiters wird festgehalten, daß italienisch an deutschen Schulen nur Italiener, Deutsch an italienischen Schulen nur Deutsche unterrichten können. Die Lehrstellen für Deutsch an den italienischen Volksschulen werden stufenweise von deutschen Lehrpersonen besetzt (Artikel 31 Dfb.).

Ein Übertritt von der Stammrolle der zweiten Sprache in eine andere Stammrolle ist nicht mehr möglich.

4. Die Lehrer der zweiten Sprache können sich am Direktorenwettbewerb ihrer Sprachgruppe beteiligen.

5. Lehrer, die sich um einen Lehrauftrag bewerben, aber nicht im Besitze des Maturadiploms einer deutschsprachigen LBA sind, müssen eine Sprach- und Befähigungsprüfung ablegen. Das gleiche gilt auch für die Lehrer der zweiten Sprache.

6. In der didaktischen Aufsicht

über die Lehrer der zweiten Sprache wird der zuständige Direktor vom Direktor des benachbarten Direktionsbereiches unterstützt, der der Sprachgruppe des Lehrers der zweiten Sprache angehört.

Der letztgenannte Direktor kann Inspektionen durchführen und die Tätigkeit der Lehrer der zweiten Sprache koordinieren. Das zuständige Organ hat den Schlüssen, zu denen er in seinen Protokollen gelangt, bei der Beurteilung des Lehrers Rechnung zu tragen. Die beiden Direktoren müssen ihre Tätigkeit auf jeden Fall absprechen.

7. Die Koordinierungsinspektoren werden an die Provinz überstellt und dem Amt des italienischen bzw. deutschen Schulrates zugewiesen.

8. Für die Lehrer aller drei Sprachgruppen ist nur ein Disziplinartrat vorgesehen, dessen Zusammensetzung sich an der Zusammensetzung des bisherigen Disziplinarrates orientiert und dem Art. 27 der Durchführungsbestimmungen entnommen werden kann. Den Vorsitz führt der Schulrat jener Sprachgruppe, der der Lehrer angehört gegen den ein Verfahren eingeleitet worden ist.

9. Für die Lehrpersonen der deutschen und ladinischen Mittel- und höheren Schulen werden eigene Stammrollen eingerichtet. Die Lehrer können den Übertritt zu einer Lehrstelle einer anderen Stammrolle verlangen, wenn sie im Besitz der erforderlichen Lehrbefähigung sind.

10. Die Kommissionen für die Erteilung der Lehraufträge und Supplementen behalten ihre Funktionen bei.

11. Die Präsidenten und die Mitglieder der Maturakommissionen müssen in der Regel der Sprachgruppe der Schüler angehören. In den ladinischen Tälern müssen sie sowohl der deutschen als auch der italienischen Sprache mächtig sein.

12. Von besonderer Bedeutung ist die Bestimmung, die der Provinz die Möglichkeit einräumt, im Einvernehmen mit dem Staat Lehrerfortbildung zu betreiben.

13. Weiters kann die Provinz die Abkommandierung von Lehrpersonen für eigene Dienste verlangen. Auch können der Provinz Kindergärtnerinnen der staatlichen Kindergärten zur Verfügung gestellt werden, wenn sie ein entsprechendes Ansuchen macht.

II. Wenn die Schulämter auch Provinzämter werden, so beeinflusst der Staat doch weitgehend die Auswahl der höchsten Beamten. Der ladinische und italienische Schulrat wird vom Unterrichtsminister ernannt. Bei der Ernennung des deutschen Schulrates muß der Landesausschuß den Minister anhören. Der italienische Schulrat übt eine Oberaufsicht über den deutschen und

ladinischen Landesschulrat aus. Von dieser Aufsicht ist allerdings die Befugnis zur Annullierung von Verwaltungsakten bzw. zur Erteilung von Weisungen ausgeschlossen. Die Provinz ist deshalb in der Organisation ihrer Ämter durch die verfassungsrechtlich vorgegebene Figur der Schulräte eingeschränkt. Die Zuständigkeiten der Landesschulräte müssen nämlich denen der Schulamtsleiter in dem übrigen Staatsgebiet entsprechen. Es ist deshalb wohl empfehlenswert, daß die Provinz für die Verwaltung der Bereiche der primären Gesetzgebung (Berufsschule, Kindergärten, Schulhausbau, Schulfürsorge) sich nicht der starren und komplexen Organisationsstruktur bedient, die der Schulverwaltung im engeren Sinn zugrunde liegt.

III. Über die Einflußmöglichkeiten staatlicher Organe (des obersten Schulrates und des Ministeriums) auf die Formulierung der Programme und auf die Verordnungen hinsichtlich Staatsprüfungen wurde schon gesprochen.

Wenn der autonome Rahmen durch das Statut und durch die Durchführungsbestimmungen auf längere Sicht in dem oben dargelegten Sinn abgesteckt bleibt, so ist doch zu hoffen, daß das Schulwesen über andere Kanäle in noch weitergehendem Maße von lokalen Kräften gestaltet wird.

Hier ist zunächst die Dezentralisierung der Schulverwaltung zu erwähnen. Bereits das Statut überträgt dem deutschen und italienischen Schulamtsleiter Maßnahmen im Bereich der Versetzung, des Urlaubs, des Wartestandes und der Dienststrafen (Dienstenthebung zu einem Monat mit Gehaltsentzug). Es hat den Anschein, daß zu der bisherigen Befugnissen der Schulamtsleiter auf dem dienstrechtlichen Sektor noch weitere hinzukommen.

Nicht unbeachtet bleiben dürfen aber auch die Bestrebungen, der Schule als solcher mehr Entscheidungsspielraum einzuräumen. Dies kommt vor allem in der vorgesehenen Errichtung der kollegialen Organe auf den verschiedensten Ebenen zum Ausdruck.

Im Statut selbst ist die Errichtung eines Landesbeirates für Schulfragen vorgesehen. Er muß obligatorische Gutachten in folgenden Sachbereichen abgeben:

- a) Errichtung und Auflassung von Schulen
- b) Programme und Stundentafel
- c) Unterrichtsfächer und deren Gruppierung

Die Befugnisse, die der bestehende Provinzialschulrat hat, kann er nur insofern behalten, als sie mit dem neuen Statut mit den Durchführungsbestimmungen vereinbar sind. Nach den Buchstaben des

Statuts ist der Landesbeirat für Schulfragen ein einheitliches Organ, in dem die Lehrer der deutschen, der italienischen und der ladinischen Schulen vertreten sind. Inwieweit nach Sprachgruppen getrennte Sektionen eingerichtet werden können, muß wohl erst geklärt werden.

Einen Ansatz für die Gliederung des Beirates nach Sprachgruppen kann man von der Befugnis der deutschen und ladinischen Gruppe im Landesbeirat ableiten, dem Landesausschuß bzw. dem Ministerium Dreivorschläge für die Ernennung der entsprechenden Schulräte zu unterbreiten. Inwieweit der Schulrat bestimmend in die Verwaltung der Schule eingreifen kann, wird weitgehend auch von der staatlichen Gesetzgebung abhängen deren Grundsätze die Landesgesetzgebung beachten muß. Es wird allerdings noch ein weiter Weg sein bis zur Ablösung des Einzelorgans (Schulrat) durch ein Kollegialorgan (Landesbeirat für Schulfragen) etwa nach dem Muster der österreichischen Schulorganisation. In der Provinz Bozen könnte gerade die Festschreibung des status quo im Art. 19 des Statuts ein Hindernis für die Entwicklung demokratischer Verwaltungsstrukturen in der Schulorganisation sein.

Die Regelung der Schulordnung in den ladinischen Tälern wird von den Vertretern der deutschen Volksgruppe als unbefriedigend angesehen. Es wurde bereits angekündigt, daß jener Teil der Durchführungsbestimmungen angefochten wird, der die Ausübung des Elternrechtes in den ladinischen Tälern nicht möglich macht. Im Grunde geht es darum, daß den Angehörigen der deutschen und italienischen Volksgruppe auch in den ladinischen Tälern der muttersprachliche Unterricht in vollem Umfang garantiert wird.

Was die ladinische Schule in engerem Sinn anlangt, wurde festgelegt, daß in den Volksschulen nur Angehörige der ladinischen Sprachgruppe unterrichten können. In den Mittel- und höheren Schulen haben die Angehörigen der ladinischen Sprachgruppe den absoluten Vorrang gegenüber anderen Bewerbern. In den ladinischen Tälern wird ein eigener Inspektoratsbezirk für die Volksschulen eingerichtet. Wie immer die endgültige Schulordnung in den ladinischen Tälern aussehen wird, kann doch heute schon gesagt werden, daß die in den Durchführungsbestimmungen enthaltenen Normen den Ladinern genügend Schutz vor der kulturellen Überfremdung gewähren. Allerdings wird sich der Übertritt in die deutsche bzw. italienische Schule bedeutend schwieriger gestalten als bisher.

Bildungsprobleme einer mehrsprachigen Region

Ein Versuch, im Rahmen eines Referates über Bildungsprobleme zu sprechen, kann schon im Ansatz als gescheitert betrachtet werden: die Vielschichtigkeit der Aspekte und die enge Verflochtenheit zwischen Bildung, Wissenschaft und Gesellschaft, die durch soziologische Untersuchungen immer mehr freigelegt werden, gestatten es nicht, in der hier gebotenen Kürze auch nur die allgemeinsten Züge darzulegen.

Das mir gestellte Thema weist bereits zwei Einschränkungen auf, die es mir erlauben, nur einen bestimmten Bereich in Angriff zu nehmen: einmal die territoriale Beschränkung und zweitens die Eingrenzung auf jenen Raum, der durch die Tatsache der plurinationalen Zusammensetzung dieses Gebietes bestimmt wird. Trotzdem wurde mir beim Überdenken der Fragestellung mehr und mehr bewusst, dass nur eine Beschränkung auf einige wichtige und aktuelle Züge des Problems mich in die Lage versetzen kann, einige Grundansätze etwas ausführlicher und zusammenhängend zu beleuchten. Das Schwergewicht liegt dabei eindeutig auf dem Terminus «mehrsprachig». Die darin enthaltenen Fragen müssen aber vom Hintergrund einer, wenn auch nur schematischen Gesamtkonzeption der Bildungsproblematik im allgemeinen her gesehen werden.

Der Grundansatz der Fragestellung könnte nun folgendermassen formuliert werden: Welche spezifischen Aspekte erwachsen aus der Mehrsprachigkeit, oder besser aus der Pluralität von Kulturen in einem bestimmten, begrenzten Raum, in bildungspolitischer Hinsicht; oder positiv ausgesprochen: Erweitert diese Pluralität den Bereich der kulturellen Möglichkeiten über jenen eines ethnisch einheitlichen Raumes hinaus oder wird dieser Bereich notwendigerweise unterboten?

Eine unmittelbare Antwort auf diese Frage kann vorerst nur eine Behauptung bleiben und wird erst im Fortgang der Darlegung — wie ich hoffe — sich als richtig erweisen: dieser hier (theoretisch) angesprochene Bereich muss notwendigerweise den Rahmen des ethnisch einheitlichen Gebietes sprengen oder ihn unterbieten, er kann aber nie auf der gleichen Ebene liegen. Ethnisch-kulturelle Pluralität birgt sowohl die größere Chance für das Freisetzen von kultureller Energie in sich als auch die größere Gefahr, diese Energie für das Aufrechterhalten in sich toter und brüchiger Kulturgüter restlos aufzubreuchen.

Sollen diese Sätze auf ihre Richtigkeit hin erhellbar werden, so müssen im Rückgriff auf jenen Zeitpunkt — der im Falle Südtirol historisch gesehen sehr genau bestimmbar ist —, wo die einsprachige Region zur mehrsprachigen sich umstrukturierte oder umstrukturiert wurde, jene Möglichkeiten befragt werden, die in diesem Prozess der Umstrukturierung sich anboten. Dies stellt auch den Zusammenhang her zwischen Bildungsproblem und Mehrsprachigkeit, da ja gerade in jenem Umbruch politischer Natur im weitesten Sinne die spezielle, aus der dreisprachigen Gemeinschaft erwachsene Bildungsproblematik ihre Wurzeln schlägt.

Die Frage nach der Bildungsproblematik in Südtirol muss daher tiefer und allgemeiner angesetzt werden. Sie muss auf die Möglichkeiten einer mehrsprachigen Region überhaupt ausgelegt werden. Erst von dieser Ebene herkommend können die Bildungsprobleme im engeren Sinne angegangen und die Stellung und Aufgabe von Bildung im Kontext eines gemischtsprachigen Gebietes ausgemacht werden. Diese Forderung wird umso einschichtiger, wenn man die Bestimmung des Begriffes Bildung aus dem alltagsverständlich-engen Bezugsrahmen der Schule herausnimmt und in einen weiteren Horizont stellt, der den Menschen in seiner Gesamt-

Auf Wunsch von Dr. Hellmuth Ladurner wird der Vortrag, den er am 30.5.1970 in Neumarkt/Steiermark anlässlich der Studententagung der Europäischen Föderalistischen Bewegung gehalten hat, wiedergegeben.

Da Universitätsprofessor Dr. Osmund Menghin in einem ausführlichen Artikel («Südtiroler Kulturautonomie von Österreich bedroht?») veröffentlicht in den Dolomiten vom 6.4.1973, S. 3) dieses Referat öfters zitiert, möge sich der Leser über die kulturpolitischen Gedanken des «linksextremistischen Beamten» Dr. Ladurner selber ein Urteil bilden.

heit umgreift. «Bildung meint», wie Tenbruck ausführt, «eine Strukturiertheit in der personalen Verfassung des Individuums, die sich in Kürze am besten als ein Zustand der Ausgeglichenheit und Ergänzung aller — ... — Seelenkräfte beschreiben läßt. Wollen, Wissen und Fühlen sind hier aufeinander abgestimmt und wiederum mit dem äußeren Sein und Tun in Einklang. Bildung umfasst so den Menschen als Ganzes und in der Tiefe» (1) und ist somit «eine einheitliche und umfassende Verfassung des Menschen, die zur zweiten Natur geworden ist» (2).

Von dieser Sicht her stellt sich die unabdingbare Forderung, die Möglichkeiten, die in einer Überformung in ethno-kultureller Hinsicht, wie sie für Südtirol nach 1918 gegeben war, freizulegen und auf ihren positiven Sinn für die Gegenwart und Zukunft zu befragen. Ich möchte daher versuchen, kurz zu zeigen, welche positiven Möglichkeiten sozio-kultureller Art in einer Umbruchsituation, wie sie Südtirol nach 1918 erlebte, lagen, und warum sie nicht zum Tragen kommen konnten.

Ich folge dabei weitgehend den Überlegungen von Tenbruck in seinem Aufsatz «Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft», in dem er in allgemeiner Weise die Zusammenhänge von kulturellem Aufbruch und sozialer Situation aufzeigt.

Die Gesellschaft eines bestimmten Gebietes artikuliert sich in verschiedenen Gruppen, in die das Individuum jeweils hineinwächst und mit deren Vorstellungswelt es sich weitgehend identifiziert. Diese stabilen Gruppenverhältnisse können nun durch äußere Umstände oder durch die in der Gruppenstruktur selbst liegende Dynamik aufgebrochen oder, wie Tenbruck sagt, entgrenzt werden. Diese Entgrenzung der Individuen aus stabilen, residentiellen Gruppenverhältnissen stellt ein qualitatives Strukturwachstum dar, das «die Individuen plötzlich in über ihre festen Lebensgruppen hinausgehende Beziehungen setzt und damit ihnen einerseits neue Möglichkeiten öffnet, andererseits die bisherigen Lebensformen deshalb in ihrer sozialen Beschränktheit hervortreten» (3) läßt.

Bei dieser «neuen kulturellen Integration», durch die «die Individuen ihre bisherigen Lebensgruppen und Lebensform transzendieren», handelt es sich «um die strukturelle Integration von bisher relativ selbständigen und nur durch Gemeinsamkeiten der Kulturverbundenen sozialen Einheiten, also im Minimalfall um irgendeine sich über diese Einheiten legende politische Integration und Organisation, und im Maximalfall um allseitige strukturelle Verfestigung zwischen diesen Einheiten» (4). Diese «qualitative Vergrößerung der strukturellen Matrix des individuellen Daseins» (5) wird nun meistens durch «Störungen und partielle Zusammenbrüche der Gesellschaft» (6) hervorgerufen. Dieser Vorgang führt nun das Individuum in einen für «die kulturelle Überformung und Stabilisierung des Daseins freien Bezirk» (7). Und in dem Masse nun, wie die neuen strukturellen Verflechtungen ihm noch kein sozial standardisiertes Modell des Verhaltens anbieten, tritt der Mensch hier in eine gesellschaftliche Offenheit» (8).

Die möglichen Wege, die von dieser entgrenzten Situation in eine neue Begrenzung und damit in eine soziale Stabilisierung führen, sind zwei: entweder es tritt eine sozio-kulturelle Überformung auf einer höheren als der vorausgegangenen Stufe ein oder es «können gewisse resignative Quasi-Bildungsformen, entstehen, wie sie dort vorliegen, wo ehemals ausgezeichnete Gruppen nach Verlust ihrer politischen oder wirtschaftlichen Voraussetzungen ihre überlieferten Lebensformen durch er-

höhte Bedeutungsformung und Verinnerlichung als legitim beizubehalten versuchen» (9).

Damit wurde — glaube ich — der Raum abgesteckt, der es uns gestattet, die eingangs gestellte Frage zu beantworten. Betrachten wir diese Ausführungen im Lichte der Geschichte Südtirols, so zeigt sich deutlich, dass in dem durch die Annexion Südtirols an Italien hervorgerufenen Umbruch soziokultureller Art (abgeschnitten von dem geistigen Umbruch durch den 1. Weltkrieg) Chancen einer kulturellen Überformung lagen, die — notwendigerweise — durch die nachfolgende Entwicklung in Italien nicht genutzt werden konnten. Die durch die soziale und politische Erschütterung freierwerdenden Kräfte mußten allzubald genutzt werden, um die drohende Gefahr eines «Aushungerns» der Volksgruppe abzuwenden. Der Faschismus hat dabei die Sicht auf die positiven Momente der Annexion so gründlich verbaut, daß auch im zweiten Anlauf, der sich nach 1945 anbot, die Kräfte nicht gefunden werden konnten; zudem waren sie entweder durch Abwanderung geschwächt oder durch die notwendige Fortführung der Defensivstellung der Volksgruppe restlos aufgebraucht. Zwei Chancen wurden durch den Faschismus, durch Mißtrauen und Unfähigkeit beider Seiten vertan. Bietet sich aber heute eine dritte an und wenn ja, wodurch?

Waren die ersten zwei Möglichkeiten Konsequenzen eines gewaltsamen Umbruchs und Zusammenbruchs, so kann eine dritte Chance nur mehr in jenen allgemeinen sozialen und kulturellen Umwälzungen gefunden werden, die die gesamte Gesellschaftsstruktur des Staates erschüttern. Zwei Aspekte treten dabei unmittelbar in Erscheinung, da sie seit Jahren das gesellschaftliche Bild Italiens, und im Ansatz auch Südtirols, bestimmen: der soziale Umbruch auf dem Sektor der Arbeiterbewegung und auf dem der Schule im weitesten Sinne.

Begreift man nun Bildung in jenem weiteren Sinne, wie er eingangs dargelegt wurde, so kann diese Chance für Südtirol nur innerhalb der bildungspolitischen Verschiebung und Neustrukturierung gefunden werden, eine Chance, die allerdings — und dies bitte ich einmal vorerst als Behauptung hinzunehmen — heute in Südtirol allein aus Unfähigkeit und Kurzsichtigkeit vertan wird. Da diese auslösenden Momente aber nicht dem Boden der kriegerischen Auseinandersetzung erwachsen, sondern in einer allgemeinen Strukturverschiebung bzw. — ausdehnung wurzeln, ist dieses Versäumnis schwerwiegend, ja ich würde behaupten, ein nicht wieder gutzumachendes Versäumnis.

Es soll nun versucht werden, an zwei Aspekten, die einen inneren Zusammenhang aufweisen und die spezifische Seite der Bildungsproblematik einer mehrsprachigen Region weitgehend ausmachen, die Richtigkeit der bisherigen Darlegungen aufzuzeigen.

Es ist eine auch in politisch einsichtigen Kreisen immer mehr offenbar werdende Erkenntnis, dass alle fundamentalen Fragen einer Gesellschaft auf der Grundlage der Bildung, in eingeschränkter Themenstellung, auf der der Schule stehen und nur von dorthin grundlegend einer Änderung unterworfen werden können.

Das schulische Selbstverständnis kann nicht zusammenhangslos zur gesellschaftlichen Realität verwirklicht werden, weil dann die Schule sich selbst zur kulturellen und gesellschaftlichen Sterilität verdammt und zur Vermittlungsinstanz von Wissen und Fakten degradiert, es darf aber auch nicht unmittelbar damit zusammenfallen, weil dann der Gesellschaft gelebte und verwirklichte Zukunftsentwürfe zwischenmenschlicher Beziehungen als beispielgebende Möglichkeiten verloren gehen: in beiden Fällen würde die Dynamik einer Gesellschaft weitgehend zunichte gemacht werden.

In Südtirol zeigt sich nun ein deutliches Auseinander-

derklaffen zwischen gesellschaftspolitischer Realität und Schule, das an mehreren Aspekten aufgezeigt werden kann, wie z. B. an der Diskrepanz zwischen technisierter Umwelt und schöngeistiger Schulwelt. Ein Bereich zeigt aber einen engen und tiefen Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem und schulischem Selbstverständnis, da er, durch politische Ideologien getragen, der heutigen Schule aufoktroiert worden ist: es handelt sich hier um die mit viel Vehemenz und entsprechend geringer Sachkenntnis von beiden Seiten vorgebrachte Frage der sogenannten sprachlich-integrierten Schule, d. h. gemeinsame Schule für deutsch- und italienischsprachige Schüler bei gemischtsprachigem Unterricht.

Hier liegt aber auch der fundamentale Ansatz für die Fragestellung des Referates, da ja aus der Doppelsprachigkeit aller Einwohner Südtirols im landläufigen Verständnis die wahrsten Wunder erwartet werden. Daß hierbei Sprache nur als Medium der Kommunikation verstanden wird und nicht als Vermittlungsinstanz einer bestimmten, durch Tradition und gesellschaftliches Selbstverständnis geprägten Welt an das jeweilige in diese Gesellschaft hineinwachsende Individuum, liegt klar auf der Hand. Wird aber Sprache verstanden als ein Medium, das weit über die reine Kommunikation hinausgeht, so verschärft sich das Problem der zweisprachigen Erziehung und verliert dadurch aber auch die verschwommenen und ungenauen Konturen.

Die Probleme sind durch die extremen Positionen — absolute Trennung bis zu den Schulaufgängen und absolute Einheit — weitgehend verwischt und verzerrt worden, denn die Lösung dürfte irgendwo zwischen diesen beiden Positionen liegen und es dürfte auch keine einheitliche Lösung für alle Schulstufen möglich sein. Denn das Auseinanderfallen von Schulwelt und Erlebniswelt, die Zweisprachigkeit des Alltags und die Einsprachigkeit der Schule (zuzüglich einer Fremdsprache, nämlich Italienisch oder Deutsch) fordert ein Umdenken, es fordert aber auch ein differenziertes Vorgehen z. B. in Stadtschulen und Landschulen.

Man kann das Problem aus dem politischen Rahmen weitgehend herausnehmen, in dem man es vom pädagogischen Standpunkt her formuliert: in welcher Form soll in Südtirol im Hinblick auf die im Lande lebenden zwei Volksgruppen der Zwei-Sprachenunterricht geleistet werden? (Denn die Notwendigkeit einer möglichst perfekten Zweisprachigkeit wird von allen betont). Diese Frage ist umso berechtigter, wenn man bedenkt, dass 1) das alltägliche Leben sich weitgehend zweisprachig abwickelt und 2) der Italienischunterricht an deutschen bzw. der Deutschunterricht an italienischer Schulen weitgehend so betrieben wird, wie man vor 50 Jahren einem Studenten eine Fremdsprache beibrachte.

Das Berücksichtigen dieser methodischen und gesellschaftlichen Aspekte kann sich nun in verschiedener Weise manifestieren, wobei ich hier keine Lösung anbiete und keine neuen Modelle gebären möchte, sondern nur verfestigte Fronten aufbrechen und den Boden für Untersuchungen frei machen will. Denn gerade in dieser Frage kann durch theoretische Überlegungen nur der Raum abgesteckt werden, der jeweilige Ort muss in Abhängigkeit von den sozio-kulturellen Umständen ausgemacht und definiert werden. Erst die Erfahrungen können hier zeigen, welche Wege zu den besten Ergebnissen führen. Ein erster Ansatz wurde bereits geleistet, es war ein Versuch, und ich glaube, dieses Problem kann nur in Versuchen und nicht durch genau umrissene Dekrete ausgeleuchtet werden. Ich verweise hier auf das Experiment einer Mittelschule in Bozen (deutsch und italienisch), die eine ganze Klasse für drei Monate ausgetauscht hatten — die Ergebnisse sollen ermutigend gewesen sein, sie wurden aber, soweit es mir bekannt

ist, samt Versuch von den politischen Instanzen niedergeschlagen.

Neue Möglichkeiten dürften durch die Ganztags- und durch die differenzierte Gesamtschule verwirklicht werden, wie z. B. ein gemeinsamer Unterricht im bestimmten Fächern, z. B. Geschichte Italiens für alle Schüler in italienischer, Landesgeschichte in deutscher Sprache.

Wie eine siedlungsbedingte Differenzierung notwendig ist, so muss auch eine vertikale Differenzierung vorgenommen werden. Es ist nicht gleichgültig, ob ich von einer ethno-kulturellen Integration im Kindergarten oder auf der Universität spreche. Schon allein die jeweils anders gelagerte Offenheit zur und Verflochtenheit mit der Gesellschaft des Kindes und des Hochschülers würde ein solches allgemeines Über-den-Kamm-Scheren nicht gestatten. So wäre es falsch, für das den familiären Strukturen noch gänzlich verhaftete Kleinkind einen integrierten Kindergarten zu verlangen, wie es falsch ist, den bereits in gesellschaftlicher Verantwortung sich wissenden Oberschüler einer rein deutsch- bzw. italienischsprachigen Schulform zu überliefern.

Es geht meines Erachtens daher darum, folgende Momente zu überprüfen und neu zu definieren:

1. Die Methodik und Didaktik des Italienisch- bzw. Deutschunterrichts in der respektiv anderssprachigen Schule im Lichte der gesellschaftlichen und kulturellen Struktur des Landes neu zu gestalten. Dies würde überleiten zum zweiten Schritt:

2. Hereinnahme einer Vermittlung kultureller Inhalte in der jeweils anderen Sprache in den Unterrichtsplan differenziert nach Alter der Schüler und nach Standort der Schule. Dies muss vorerst durch die Errichtung von Versuchsschulen praktisch erprobt werden und kann erst in einer zweiten Phase auf sämtliche Schulen übertragen werden.

3. Errichtung einer Institution auf Hochschulebene im Lande, die die bereits in den vorhergehenden Bildungsstufen ansatzweise und den Umständen angepasste ethno-kulturelle Integration — wobei dieses Wort nicht Assimilierung bedeutet, sondern Einheit in der Differenz und damit gerade die Assimilierung verhindern kann — im vollen Ausmasse zum Tragen bringen soll. Hier bietet sich der Ort an, an dem jene positiven Momente einer «Entgrenzung» aus den verfestigten Verhältnissen sich auswirken; sie könnten aber auch weitgehend durch diese Institution ausgelöst werden. Hier würde auch jene Differenz klar ersichtlich, die bestmündend für die Lösung des Problems sein müßte, im Streit der Standpunkte aber weitgehend untergeht: es besteht ein grundsätzlicher Unterschied zwischen einer doppelsprachigen Ausbildung in rein sprachlicher Hinsicht, d. h. weitgehend unter Vernachlässigung der kulturellen Momente oder einer doppelsprachigen Ausbildung gerade in Hinblick auf diese Momente. Heute besteht selbstverständlich die Möglichkeit, die Hochschulstudien teilweise in Italien und teilweise in Österreich oder Deutschland zu absolvieren. Es darf aber nicht die Divergenz übersehen werden zwischen Studien, die doppelsprachig gemacht werden (an zwei verschiedenen sprachigen Universitäten) und Studien, die doppelsprachig sind. Man würde sonst nämlich die institutionelle Kraft überhaupt außer Acht lassen.

Die Bildungsproblematik aus der Sicht der Schule zeigt nur einen Aspekt der Entgrenzung aus bestimmten Lebensformen, sie gibt die Mittel an, die diesen Aufbruch in der heutigen Zeit ermöglichen. Die zweite gleich wichtige Seite, die uns zuletzt wieder auf den ersten Aspekt zurückführen wird, mündet in die Fragestellung auf das Wohin dieser Entgrenzung. Da der Aufbruch auf jeden Fall im bildungspolitischen Raum sich manifestieren muss, so ist der Zusammenhang zwischen der Frage nach dem Wohin und der Themenstellung dieses Referates ohne weiteres gegeben.

Entgrenzung heißt Aufbrechen verfestigter Lebensformen und stabiler Gruppenverhältnisse. Für Südtirol bedeutet dies — und der Übergang von der Landwirtschaft in die Industrie fordert dies —, dass es aus den bäuerlich-strukturierten Lebensformen ausbrechen muß, dass es aus dem bäuerlichen (z. T. auch bürgerlichen) Selbstverständnis zu einer differenzierteren Haltung kommen muss, die das Selbstverständnis und die Vorstellungswelt neuer Gruppen, die durch den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruch «hinzukommen», einschließen bzw. diesen Einfluß ermöglichen muß. Denn durch die Entgrenzung tritt der Mensch in eine Offenheit des Daseins, in «einen Strukturwandel, der

die gewohnten Stabilisierungen als Beschränkungen ausweist, und eine maximale Offenheit der Situation des Individuums erschliesst, das sich durch seine strukturellen Kontakte und ihre kulturellen Erfüllungen auf neue Lebensformen hingedrückt fühlt, für die es noch keine sozialen Stabilisierungen gibt. In diesem Herauswachsen aus gewohnten sozialen Beziehungen und ihren zugehörigen kulturellen Korrelationen in eine neue Weite, für die keine Vorbilder und fixierte Lebensstile auch nur aushilfweise zur Verfügung stehen, wird eine von der Gesellschaft nichtgebundene Energie frei.» (10).

Der Südtiroler Arbeiter, der von der Bauernschicht herkommend in eine neue soziale Matrix hineingestellt wird, muss nun plötzlich entdecken, daß diese neue Lebensform für ihn nicht vorliegt: er kann sich nicht mehr als zum Bauernstand zugehörig fühlen, findet aber auch keinen Identifikationsraum für sein neues Rollenbewußtsein: er befindet sich in einem sozialen Niemandsland.

Drei Wege bieten sich hier an:

1. entweder er zieht Lebensformen jener Schicht, die er verlassen hatte, in den neuen Bereich hinein und erklärt sie als unantastbar, weil ja mit dem Verlust dieser Formen auch seine Identifikationsmöglichkeiten verloren gehen würden. Dieser Weg wird grundsätzlich in Südtirol — weitgehend aus minderheitspolitischen Vorstellungen heraus — eingeschlagen.

2. Oder er erarbeitet sich selbst eine Vorstellungswelt, die seinem neuen Selbstverständnis entspricht. Dies stellt sich aber als weitgehend nicht gangbarer Weg heraus, da diese Gruppenstrukturen nicht vom Arbeiter selbst, sondern vorwiegend von Arbeiterparteien und Gewerkschaften erarbeitet worden sind bzw. werden. Diese fehlen aber der deutschen Volksgruppe in Südtirol bzw. sind irrelevant. Außerdem ist das durchschnittliche Bildungsniveau und die politische Schulung der zur Zeit zahlenmäßig geringen Arbeiterschaft zu niedrig.

3. Die italienische Arbeiterschaft des Landes übt durch ihre sozialen Stabilisierungsstrukturen einen so starken Sog auf die deutschsprachige Arbeiterschaft aus, daß diese, da sie notgedrungen aus diesem Niemandsland herauskommen muß, auf kurz oder lang dieser sich anschließen wird.

Die analoge Situation zeichnet sich bei den Schülern ab: durch die explosionsartige Ausweitung der Schülerzahlen in Südtirol, besonders bei der deutschen Bevölkerungsgruppe, wird die Schülerschaft mehr und mehr zu einer bestimmenden Gruppe, zu einer Teilkultur, wie Tenbruck sagt, der ein eigenes Selbstverständnis eigen ist und sein muß (11). Das totale Unverständnis der zuständigen Organisationen sowie der politischen Instanzen diesen Tatsachen gegenüber zeigt allzudeutlich, daß man im Grunde nicht mehr weiß, wo die Nebensächlichkeiten und wo die Hauptschwerpunkte liegen. Der Umstand, daß die politisch interessierten Schüler sich weitgehend dem Movimento Studentesco anschließen, hat meines Erachtens gemeinsam mit der vorhin aufgegriffenen Frage nach dem Identifikationsraum der deutschsprachigen Arbeiter, weit größere und tiefere Folgen, als sämtliche Bestimmungen des Pakets.

SPRACHKURSE IM AUSLAND

Das Institut VIVA in Mailand betreut seit 18 Jahren den Besuch von Sprachkursen im befreundeten Ausland (England, Frankreich, Schweiz, Deutschland, Österreich, Malta USA). Unterkunft während der Kurse bei befreundeten Familien oder im College beziehungsweise Pensionat. Weitere Auskünfte über die Hin- und Rückreise, über die Dauer der Kurse, Unterkunftsmöglichkeiten und den Preis erhalten Sie bei VIVA Viaggi Vacanze Studio, 20121 Milano, Via Manin 3, Tel. 66 52 25.

Denn die konsequente Fortführung des Gedankens zwingt uns geradezu zu paradoxen Formulierungen. Das fehlende Leitbild für die deutschsprachigen Arbeiter überträgt der italienischen Arbeiterschaft und deren Organisationen die Aufgabe — sofern man in der deutschen Bevölkerung weiterhin auf dem Boden des bäuerlichen und bürgerlichen Selbstverständnisses Politik betreibt — dieses Leitbild für deutschsprachige Arbeiterschaft zu erarbeiten.

Dieses muß aber über das bestehende national wenn nicht nationalistisch gefärbte Leitbild hinausgehen, soll es dem deutschen Arbeiter die Chancen bieten, deutsch zu bleiben. Denn der aus der weitgehend bäuerlichen Vorstellungswelt Entlassene — und darin liegt die spezifische Bildungsproblematik unseres mehrsprachigen Landes auf dieser Ebene —, wächst in etwas hinein, das er zum Teil nicht akzeptieren kann oder nur in langwierigen Kämpfen zu übernehmen bereit ist. Damit geht aber Energie verloren, die durch das notwendige Zerbröckeln der Abwehrhaltung freigemacht würde, allerdings möglicherweise im Raume der sozialen Stabilisierungsstruktur der italienischen Arbeiterschaft. Diese Energie könnte zu einer Entgrenzung der italienischen Vorstellungsstruktur führen, und damit die Voraussetzungen für das Gelingen des Anspruches, die deutsche Volksgruppe in Südtirol zu erhalten, freimachen. D. h. unter der Voraussetzung, dass der notwendige Entwurf einer sozio-kulturellen Vorstellungswelt für die deutschsprachige Arbeiterschaft — und in gleicher Weise gilt dieses Argument für die Studentenschaft — von Partei, Kirche und Organisationen nicht geleistet wird, unter dieser Voraussetzung liegt es weitgehend bei der italienischen Volksgruppe, ob die deutschsprachige Minderheit in Südtirol sich erhalten kann.

Welche Auswege können in dieser Situation gefunden werden? Diese Fragestellung führt uns auf den Ausgangspunkt der Überlegung zurück: sieht man von den Möglichkeiten einer Arbeiterpartei in Südtirol ab, und es geht über den Rahmen dieses Referates und über meine Kenntnisse hinaus, inwieweit sich hier Chancen für die SFP oder einer Gewerkschaftsbewegung eröffnen, so verbleibt meines Erachtens nur der schulische Bereich — und hier in besonderer Weise eine doppelsprachige Hochschule — als Ausweg. Die Gründung einer solchen Institution setzt aber bereits bei jenen politischen Stellen, die für diese Initiative zuständig sind, jene Weite und Offenheit voraus, die die Institution selbst erst bewirken soll. Wie dieser Zirkel durchbrochen werden soll und kann, entzückt sich meiner Kenntnis; ich sehe keinen Ausweg aus diesem Dilemma, es sei denn, die derzeitige Umbruchsituation in Italien und der Druck der Umstände in Südtirol erzwingen eine Lösung.

Schelsky hat in seiner Schrift «Einsamkeit und Freiheit» deutlich gezeigt, dass die Erneuerung der Universitätsstrukturen in ihren Grundlagen nur dann erfolgreich zum Zuge kommen kann, «wenn sie mit einer grundsätzlichen Erschütterung des staatlichen Systems und der gesellschaftlichen Ordnung zusammenfällt, da zumeist nur in diesen Situationen die Fundamente der Sozialverfassung in Bewegung geraten, in denen die Institution der Universität wurzelt» (12). Diese hier geforderte Erschütterung zeichnet sich heute in Italien auf allen Ebenen ab. Südtirol wird notwendigerweise in diese Bewegung der sozialen Unruhen hineingezogen. Sie wird hier aber noch durch die Umstrukturierung der Gesellschaft und durch das Hervorbrechen zweier neuer Gesellschaftsgefüge, des Arbeiterstandes und der Studentenschaft, verstärkt. Vielleicht, daß es gelingt, aus dieser Bewegung soviel Energie freizusetzen, um einen Umbruch herbeizuführen.

Wie weit dieser Umbruch aber geht, wo er seine Grenzen finden wird, kann nicht ausgemacht werden. Eine Hochschule könnte diese aufgestauten Energien weitgehend an sich ziehen und sie dadurch dem bildungspolitischen Sektor zuführen. Die Chancen dieser Sublimierung sind äußerst gering, sodass im Grunde nichts anderes zu tun verbleibt als ein Arbeiten im Rahmen der italienischen Arbeiterbewegung und Studentenbewegung für die Erhaltung der deutschen Volksgruppe; der kürzere Weg, nämlich ein Aufbrechen und Umstrukturieren der politischen Grundkonzeptionen Südtirols dürfte in der augenblicklichen Situation der weit aus schwierigere sein. Will man beide nicht einschlagen, so muß man entweder auf den Aufbau einer schlagkräftigen Arbeiterpartei hinarbeiten, was auf einem Umweg zum Weg zwei führen würde, oder sich für die

Gründung einer Hochschule in Südtirol und im Zusammenhang damit für eine Umstrukturierung der Schulausbildung besonders in sprachlich-kultureller Hinsicht einsetzen.

Zusammenfassend kann gesagt werden,

- dass das spezifische Auslösemoment einer möglichen Entgrenzung die Hereinnahme der gesellschaftlichen Wirklichkeit, d.h. der Doppelsprachigkeit in die Schule darstellt,
- dass das durch die Industrialisierung notwendige Zerbrechen und Transzendieren der althergebrachten Lebensformen in Südtirol dieses besondere Merkmal aufweist, daß dieses Hinausgehen nicht in eine gesellschaftliche Offenheit oder in eine von der eigenen Volksgruppe geleistete soziale Stabilisierungsstruktur führt, sondern schon an Formen stößt, die sich ihm anbieten, die aber einer ethno-kulturell differierten Vorstellungswelt entsprungen sind.
- dass drittens dieser fehlende Identifikationsraum für den deutschsprachigen Arbeiter nur in einer gesellschaftspolitischen und bildungspolitischen Überformung erarbeitet werden kann.

In allen Fällen geht es um eine Entgrenzung des Menschen aus obsoleten und erstarrten Traditionen und Vorstellungsbildern. Es geht darum, das Schwergewicht der Politik Südtirols auf diese Ebene der Bildung zu verlagern, es geht kurz darum, wie sich Friedrich Wilhelm III anlässlich der Berliner Universitätsgründung ausdrückte, «einen geistigen Ersatz zu schaffen für das, was der Staat (lies Südtirol) an physischen Kräften verloren hatte».

HELLMUTH LADURNER

LITERATURANGABEN

- (1) Tenbruck, Friedrich H., Bildung, Wissenschaft. In: Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen der Tradition und Theorie. Hg. v. D. Oberndörfer, Freiburg i. Br. 1961, S. 370.
- (2) a. a. O., S. 371
- (3) a. a. O., S. 377
- (4) a. a. O., S. 377
- (5) a. a. O., S. 377
- (6) a. a. O., S. 402
- (7) a. a. O., S. 375
- (8) a. a. O., S. 377
- (9) a. a. O., S. 376
- (10) a. a. O., S. 401
- (11) siehe dazu Tenbruck, Friedrich H., Jugend und Gesellschaft, Soziologische Perspektiven, Freiburg i. Br., 1965, 2. Auflage
- (12) Schelsky, Helmut, Einsamkeit und Freiheit, Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen, Reinbeck bei Hamburg, 1963, rowohlt's deutsche enzyklopedie Nr. 171/172

HINWEIS FÜR DISSERTANTEN

Der SH-Vorstand ist bemüht, für Studenten im Dissertationsstadium, die sich in besonders schwierigen finanziellen Verhältnissen befinden und denen bei der Ausarbeitung der Dissertation zusätzliche Kosten entstehen, ein Sonderstipendium bei den verschiedenen Geldinstituten Südtirols zu vermitteln. Erste Kontakte haben stattgefunden und geben zu einer gewissen Hoffnung auf ein gutes Gelingen dieses Vorhabens Anlaß. Sichere Zusagen bestehen allerdings noch nicht. Es geht nun darum, den ersten konkreten Versuch zu unternehmen.

Interessenten, die sich in einer besonderen Notlage befinden, mögen sich umgehend mit dem SH-Sekretariat in Bozen (Waltherhaus, Telefon 24 614) in Verbindung setzen.

Un problema che interessa genitori e ragazzi e chiama in causa le autorità della pubblica istruzione.

Migliaia di posti di lavoro in Italia occupati da personale straniero

Le strutture scolastiche ufficiali scoraggiano e non consentono l'apprendimento della lingua tedesca in misura sufficiente a soddisfare le richieste delle aziende operanti nel nostro Paese.

marzo 1973

A parte ogni valido discorso per una migliore conoscenza tra popoli di lingua diversa, esiste un motivo molto più immediato che spinge i genitori a indurre i figli ad apprendere una lingua straniera: poter consentire a questi ragazzi, quando essi si inseriranno nel mondo del lavoro, di accedere a posti qualificati e qualificanti che diano maggiori retribuzioni e sicurezza.

Premesso ciò, sembra che in Italia l'apprendimento di una lingua straniera in vista della futura sistemazione del giovane, punti le sue carte esclusivamente sulle lingue inglese e francese. Infatti, dalla ricerca su «L'insegnamento della lingua tedesca in Italia», condotta nel 1972 da Marianello Marianelli, Marlis Ingenmey e Gemma Sartori, presso l'Istituto di lingua tedesca della facoltà di lettere dall'Università di Pisa, risulta che le cattedre di tedesco nelle scuole medie (inferiori e superiori) rappresentavano all'ottobre 1970 appena il 3,7 per cento del numero complessivo delle cattedre di lingue straniere (cioè 587 cattedre di tedesco contro 15.254 di inglese e francese).

E ad oggi le cose non sono senz'altro migliorate. Anzi possiamo dedurre che siano peggiorate da quanto riferisce, in «Evoluzione Europea» del febbraio scorso, l'articolo «Un problema sociale» a sigla F.E.B.: «So che l'insegnamento della lingua tedesca nelle scuole di stato italiane va scomparendo e il Ministero della pubblica istruzione non fa niente, assolutamente niente, per salvaguardarle».

Da queste constatazioni si dovrebbe quindi concludere che la lingua tedesca offra agli studenti italiani, nonchè ai loro genitori cui sta a cuore (almeno si pensa) la futura sistemazione dei figli, ben poche attrattive nella prospettiva pratica di un posto di lavoro sicuro, qualificato e ben pagato.

Ma la realtà è un'altra.

Studiare il tedesco in Italia presenta delle difficoltà, ma non quelle solite basate sul luogo comune che «è una lingua difficile», bensì sulla scarsità e sul numero irrisorio di cattedre a disposizione degli italiani. Appare a questo riguardo incredibile l'esempio riferito nella relazione dell'Università di Pisa in merito agli Istituti tecnici industriali, i quali, per la loro stessa natura dovrebbero formare elementi di diretta immissione nell'industria: «Nessuno degli abnormi Istituti tecnici industriali di Torino ha una sezione per l'insegnamento della lingua tedesca».

Alla radice di questa crisi del tedesco in Italia sta perciò un fatto estremamente chiaro: anche se un ragazzo iniziasse alla media inferiore il tedesco, troverebbe poi difficoltà nel proseguirlo nelle medie superiori, dove, alla data dell'indagine, si avevano in tutto il territorio italiano appena 216 cattedre di tedesco tra licei scientifici, ginnasi, magistrali e istituti tecnici.

In questo panorama di contraddizioni e di situazioni scoraggianti, cerca di svolgere la sua non certamente facile azione il Comitato per la diffusione del tedesco, sorto a Milano per la buona volontà ed iniziativa di alcuni genitori ed insegnanti italiani, al fine di rendere attuabile anche nelle nostre scuole pubbliche, lo studio della lingua tedesca.

Ma gli sforzi del Comitato incontrano difficoltà enormi. Sembra infatti che ad oggi sussista il pericolo di abolizione della cattedra o delle

Herr Vittorio Luciani vom Ministerium für Industrie und Handel sandte uns folgenden Bericht über den derzeitigen Stand des Studiums der deutschen Sprache an Italiens Schulen. Seit einiger Zeit besteht bekanntlich in Mailand ein aus Eltern und Lehrern gebildetes Komitee, das sich die Pflege der deutschen Sprache zur Aufgabe gemacht hat.

ore di tedesco per scuole medie di: Arezzo, Montevarchi, Barletta, Bari, Bisceglie, Como, Ferrara, Firenze, Forlì, La Spezia, Mantova, Messina, Patti, Napoli, Montecatini, Reggio Calabria, Roma, Siracusa, Lentini, Taranto, Teramo, Torino, Trapani, Treviso, Venezia e Verona. E ciò, nonostante che in una circolare del Ministero della pubblica istruzione, indirizzata ai Provveditori agli studi, si legga che il ministero «tenuto conto della particolare situazione dell'insegnamento del tedesco e dello spagnolo, non ritiene di prendere in considerazione in nessun caso richieste di soppressione di cattedre delle suddette lingue».

Eppure nel nostro Paese si registra una serie di elementi di ampia utilità pratica che dovrebbero spingere le autorità competenti a sviluppare, anziché ridurre progressivamente, tale insegnamento.

Passando a considerare gli aspetti più generali di questa utilità, rileviamo innanzitutto che tra austriaci, svizzeri e tedeschi, si hanno in Italia più di 14 milioni all'anno di presenze di turisti di lingua tedesca.

Inoltre, l'Italia ha un giro di affari con questi popoli di oltre 5.200 miliardi di lire (dato riferito al 1971, ma il ritmo registra una crescita continua).

Ma il punto più interessante è dato dal fatto che la conoscenza del tedesco aprirebbe continue prospettive di sicuro lavoro a giovani del nostro Paese. Infatti, sul territorio italiano vi sono circa 300 filiali o consociate di imprese della Germania Occidentale, tra le quali alcune anche di proporzioni mondiali. A queste vanno aggiunte le centinaia di aziende della Svizzera tedesca e dell'Austria, nonchè altre diecimila ditte che rappresentano in Italia case tedesche.

Tutto questo apparato di imprese alle quali si può aggiungere la miriade di altre aziende italiane che vendono sui mercati tedeschi, crea ogni anno una elevata richiesta di personale che conosca il tedesco. Per sincerarsi di ciò basta aprire i giornali e scorrere le inserzioni di offerta di lavoro: più di un terzo delle richieste che esigono la conoscenza di lingue straniere riguarda anche il «tedesco». Sono migliaia di posti qualificati e ben remunerati che vengono offerti a giovani del nostro Paese, offerte che restano però in gran parte senza risposta appunto per la mancanza di conoscenza della lingua.

Ad esempio, si stima che a cento inserzioni di offerta di lavoro per segretaria/corrispondente in lingua tedesca, quando va bene si hanno dieci risposte e nemmeno tutte, al momento della valutazione dell'aspirante, dimostrano poi la buona conoscenza della lingua. Il caso sembra diventi ancor più problematico allorché si tratta di diplomati della scuola media superiore, in particolare di istituti tecnici industriali. La quota di risposte, se va bene, scende al 5-6 per cento.

Questi posti di lavoro messi a disposizione della manodopera italiana finiscono perciò per essere occupati nella maggior parte da elementi stranieri.

Si può dunque accettare la valutazione orientativa che in tal modo vadano perduti per il mercato del lavoro italiano qualcosa come diecimila posti di lavoro.

Questa dispersione assume pertanto un aspetto di importanza sociale, per cui già diverse famiglie consapevoli della situazione ricorrono a scuole private. Questi sono comunque casi sporadici che incidono ben poco. La piena soluzione del problema — ci chiarisce il presidente del Comitato per la diffusione del tedesco, prof. Franco E. Borsani — richiede che, anziché diminuire, aumenti al più presto il numero di cattedre di lingua tedesca nella scuola italiana, ad iniziare dalla «scuola dell'obbligo». Il che chiama in causa diretta le autorità scolastiche.

VITTORIO LUCIANI

HOCHSCHULPROBLEME

Immer kritischere Situation
an den italienischen Universitäten

Universität ohne Zukunft?

Hat die Universität in Italien also keine Zukunft? Die Entwicklung der Situation, das Verschlimmern der objektiven Verhältnisse, die immer mehr erbitterte Technik der Forderungen und die wirklichen Ergebnisse dieser Forderungen scheinen die Universität endgültig in eine aussichtslose Position zu verdrängen, die den immer steigenden Bedürfnissen und Erfordernissen der nationalen Gesellschaft unangemessen ist.

Was die Universität in einer Lage ohne Aussicht auf Besserung vor allem festnagelt, ist ohne Zweifel die radikale Verlagerung der Schwerpunkte der politischen Debatte an den Universitäten selbst; eine Debatte, die anstatt in eine Lage der « ständigen Auseinandersetzung », um einen geläufigen Ausdruck zu gebrauchen, übersetzen, in jene viel schlimmere Lage der Verneinung der Diskussion ausartet.

Zwei Fronten stehen sich gegenüber: auf der einen Seite die Dozenten, Verwahrer eines Geistes der Herrschaft und Obrigkeit, vereint — wie man oft sagt — im Kampf mit der öffentlichen Gewalt; auf der anderen Seite im besonderen die Studentenbewegung (Movimento studentesco) mit der Forderung, die man einst als rechtmäßige Forderung bezeichnete: Drang nach Teilnahme hineingefügt in den Zusammenhang von Rechten und Pflichten, ein Drang, der eine viel weitere Übereinstimmung der Universitätsstrukturen mit den Anforderungen des Landes, eine Vervollständigung der Lehrsysteme und eine viel intensivere Förderung der Individualitäten in einer sozialen und kulturellen Wirklichkeit als wesentlichen Zweck hat, aber das unerlässliche Merkmal, den Dialog, den offenen und ehrlichen Vergleich der Standpunkte, der Ideen, der Vorschläge, der Lösungen vernachlässigt.

In den 60er Jahren, als diese Bestrebung aufkam, stellten sich auch die ersten Errungenschaften ein; dann aber die Verfremdung und die Entstellung der politischen Auseinandersetzung an den Universitäten. An die Stelle des Dialogs ist der moralische und materielle Angriff getreten, der Vergleich der Standpunkte ist von der Gewalttätigkeit verdrängt worden, die Ideen und Vorschläge werden außer Acht gelassen. Die Gewalt rückt gebieterisch vor. Die Universität wird Schauplatz direkter Zusammenstöße zwischen Extremisten, sie ist im Munde aller Teppisten, die — rein zufällig — sich rühmen an einer Fakultät eingeschrieben zu sein.

Das Bild wird immer düsterer: die Möglichkeiten der Diskussion werden immer seltener, die Vorschläge für die Lösung der Universitätskrise — die sich immer mehr verschlimmert — werden als « flüchtig » erklärt. Es endet sogar das « politische » Gespräch: der Kampf um

die Oberhand einer Seite ersetzt es.

Der Tempel der Kultur verliert seine Physiognomie: er wird Übungsplatz der Guerilla: gewalttätig, aufwieglerisch und bewaffnet.

Und gerade dies ist der bedeutendste Punkt: die Studentenbewegung, die als demokratische Opposition zu den Vormachtsgruppen — die es an Universitäten seit je her gibt — wird selbst eine Gruppe der Macht und des Druckes; getrieben von Idealen der Verweigerung der Gewalt, wird sie ein Instrument der Aggression; aus dem politischen Bewusstsein der Jugend als Opposition zu den parteiischen Missbildungen, Verfallserscheinungen des Systems, hervorgewachsen, macht die Studentenbewegung die absurde Metamorphose durch, die zu charakteristischen Zügen des Systems führt, ja sie bewegt sich sogar mit der Logik des Systems, der Parteien also.

Es ist klar, dass für die Gesprächspartner in diesem Bild die neue Formel der Studentenpolitik ohne Zweifel viel bequemer ist, als die frühere Formulierung: der unermüdete Dialog in einer zähen Suche nach Demokratisierung der Universität — vor allem die Beteiligung der Studentenvertretung an der Führung der Institution —.

In der Verwirrung kann man Privileg und Vormachtstellung besser halten; schwieriger aber wird es, sie auf der Ebene der Vernunft, auf dem — wenn auch kleinen — Boden des Vergleichs und des Willens nach Änderung der Strukturen zu verteidigen. Die Logik der Macht hat überall leopardenartige Schattierungen.

Deshalb wird die Anklage von Gewalt gegen die Studentenbewegung von seiten der « Schön-Denkenden » in der Interpretation und der Diagnose des grossen Teils der Welt der Jugend und Studenten eine deutliche Beschuldigung, die hart und unwiderrüchlich ist: Beschuldigung des Verrats an dem Kampf für die Universitätsreform, weil man erlaubt hat, dass man vom Grundthema abgewichen ist, weil gerade die Studentenbewegung — wenn auch unfreiwillig — mitschuldig geworden ist, dass sich nichts ändert.

Die Professoren bleiben dieselben, die Assistenten werden immer mehr ausgenutzt, die Freiwilligen und jene, welche in einem Institut ein Stipendium beziehen, sind immer mehr dem Belieben der « Lehrer » ausgelieferte Kreaturen. Was man zu erreichen versucht, ist die Zugänglichkeit der Politik an der Universität. So zu sagen: während der Kranke stirbt, verlangen wir von ihm, zu laufen. Inzwischen entwickeln sich Nepotismus und « Stammkundschaft » immer weiter.

Wie lange?

Sicher nicht lange, wenn man an der Zukunft der Universität und der neuen Generation interessiert ist.

Auf Grund eines Planes von demokratischer Beteiligung, ernster Reform und echter Entwicklung der Institutionen ist es nötig, das Thema der verantwortungsvollen Erneuerung der Universitätsstrukturen aufzunehmen. Die Erneuerung soll in Harmonie mit den gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen des Landes sein, das in der Ordnung und der Achtung der Positionen und der Rechte aller wachsen will, und es ist richtig, dass es in einem pluralistischen, freien und demokratischen Staate so geschehe. Und sollte die Spur eines derartigen Diskurses verloren gehen, müsste man unter der Jugend die Gelegenheiten wiederfinden, und die Jugend selbst müsste sie suchen, um das Gespräch wieder zu « erfinden » und es echt und realisierbar zu machen.

Es muß der ideale Ansporn gefunden werden, um einen Prozess der Erneuerung im Innern der Universität zu beginnen; und zwar mit der Beteiligung aller aktiven Komponenten der Universität, die alle gültig und alle unentbehrlich sind, sollte es gelingen, das Innere der Universität von Grund auf umzugestalten, um der Universität die Rolle wiederzugeben, die die nationale Gemeinschaft ihr in einer zivilisierten und industrialisierten Gesellschaft zuerkennt: nämlich die Ausbildung von führenden Elementen, die in der Lage sind, den Entwicklungsprozess des Landes würdig weiterzuführen, sei es in der Verfolgung des Zieles der Hebung der Grundkultur und der grossen Beteiligung der Jugend an der Kultur, also grundsätzlich der grösseren sozialen Gerechtigkeit.

Das alles kann nicht ohne die verantwortungsbewusste und verpflichtende Teilnahme aller Sektoren des Universitätslebens und insbesondere aller sozialen Komponenten, Dozenten, Studenten, Politiker, Syndakate, Unternehmer, Techniker, verwirklicht werden. Das Problem des Hochschulunterrichts, das vor allem ein nationales Problem ist, kann nicht eine gültige Lösung finden, wenn man weiterhin versuchen wird, im Innern der Universität und in der Ausrichtung ihrer Entwicklung die absurde Logik des Klassenkampfes um jeden Preis zu verwirklichen.

Aus dem Zusammenprall, aus dem Kampf, auch von entgegengesetzten Gruppen, wird niemals eine Freiheit als Tatsache hervorgehen: die Gesichtspunkte der Situation können sich umkehren, aber man wird immer eine Erscheinung der Vormachtstellung und nicht der Zusammenarbeit haben.

Und jegliche Verneinung oder Ablehnung der Zusammenarbeit verursacht nur Gewalt und Unordnung und alles unverweigerlich einen Eindruck der Aufgebaustheit und des Exhibitionismus.

FRANZ JOSEF SPINELL

Universitätsstudenten Südtirols Stiefkinder?

Südtirol leidet an akutem Lehrermangel, das ist hinlänglich bekannt. Im Schuljahr 1972-73 unterrichten an den Mittelschulen 831 Lehrer ohne spezifischen Titel (= 66,4% von insgesamt 1250). An den Höheren Schulen sind es 132 Lehrer ohne Studientitel (= 26,8% der insgesamt 492). Um aus dieser prekären Situation einen Ausweg zu finden, wurden 1970 die **Supplenten** in Brixen ins Leben gerufen. Ursprünglich sollten diese dreijährigen Sommerkurse mit einem «Diploma abilitante», das zum Unterricht an der Mittelschule berechtigt hätte, abgeschlossen werden. Da es den Südtiroler Parlamentariern in Rom nicht gelungen ist, das dafür notwendige Sondergesetz durchzubringen, hat sich eine neue Situation ergeben. Nun sollen die Supplenten einen vierten Kurs absolvieren. Der erfolgreiche Abschluß dieser Kurse garantiert einen Lehrauftrag an der Mittelschule auf Lebenszeit. Wer darüber hinaus eine Diplomarbeit schreibt, erhält das Doktorat und kommt damit automatisch in die Stammmrolle. Die Aussichten für die Supplenten sind somit nicht schlecht. Und es ist uns nicht recht verständlich, daß man ständig ihren Opfermut preist und sie zu Märtyrern einer unverschuldeten Situation macht. Wir bestreiten keineswegs, daß es nicht leicht ist, hier Lehrer und dort Schüler zu sein. Aber sind wir Universitätsstudenten besser daran? Ein Vergleich beweist das Gegenteil:

Die Supplenten

- unterrichten hauptberuflich und bekommen ein monatliches Gehalt.
- erhalten im Laufe ihrer Lehrtätigkeit die sogenannten Punkte, die für die Vergabe einer Lehrstelle, Gehaltsstufe und Pension von großer Bedeutung sind.
- bekommen nach 4 achtwöchigen Sommerkursen einen Lehrauftrag auf Lebenszeit; wenn sie darüber hinaus eine Diplomarbeit schreiben, erhalten sie das Doktorat und kommen damit gleichzeitig in die Stammmrolle (eine Diplomarbeit ist nicht mit einer österreichischen Dissertation zu vergleichen, eher mit einer österreichischen Hausarbeit, wie sie für das Lehramt erforderlich ist).
- brauchen keine Lehrbefähigungsprüfung abzulegen.
- haben sich nach Ablauf ihres Studiums eine Existenz aufgebaut.
- bekommen die Möglichkeit, an einer Höheren Schule zu unterrichten, wenn sie das Doktorat erwerben.

Die Universitätsstudenten

- sind auf ein Stipendium angewiesen und müssen, da es vielfach für den Lebensunterhalt nicht ausreicht, während der Ferien arbeiten.
- gehen in bezug auf Punkte leer aus, weil sie nicht unterrichten.
- absolvieren ein 5-7jähriges Universitätsstudium und werden dann noch als Supplenten angestellt.
- müssen eine Lehramtsprüfung ablegen, auch in jenen Fächern, die schon in den Rigorosen enthalten sind.
- beginnen erst im Alter von 26 - 28 Jahren zu verdienen.
- laufen Gefahr, inzwischen in die Mittelschule abgedrängt zu werden.

Dieser Vergleich spricht eine klare Sprache. Auf jeden Fall muß baldigst geregelt werden, daß ein Hochschulabsolvent mit Doktorat nicht seine Lehrtätigkeit als Supplent antreten muß.

Ein anderes Problem, das uns nicht gleichgültig lassen kann, ist die Frage der **Werkstudentenkurse**. Assessor Dr. Zelger scheint in Kursen das Heil der Schule gefunden zu haben. Das Südtiroler Bildungszentrum (SBZ) hat im Herbst 1972 Werkstudentenkurse eingerichtet, die von der Universität Innsbruck getragen werden und von Studenten besucht werden können, die an einer österreichischen Hochschule inskribiert sind. Es haben sich 268 Teilnehmer gemeldet.

Dr. Zelger will nun eine zweite Form von Werkstudentenkursen begründen, die gemeinsam von den Universitäten Innsbruck und Padua gelenkt werden sollen. Hier können auch jene Studenten teilnehmen, die an einer italienischen Hochschule eingeschrieben sind. Die Forderung nach diesen Kursen unterstreicht Dr. Zelger mit einer Liste von 170 Interessenten. Leider ist dieses Material nicht ganz zuverlässig. 54 der unterschriebenen Personen sind nämlich bei den Kursen des SBZ eingeschrieben. Von weiteren 83 scheinen keine oder nur unvollständige Angaben auf.

Die Gründung des neuen Kurses tendiert darauf hin, Studenten von der Universität wegzuziehen und sie einer Ausbildung minderer Qualität zuzuführen (Vergleiche hierzu die Stellungnahme von Dr. Zelger in den Dolomiten vom 20. März 1973).

Worauf es aber bei der Behebung der Schulmisere ankommt, ist die **Förderung des Universitätsstudiums**. In Anbetracht der bedauernden Situation der Schule in Südtirol sind Notlösungen wie die Supplentenkurse notwendig. Das bedeutet jedoch noch lange nicht, daß der normale Ausbildungsweg vernachlässigt werden soll. Vielmehr wäre es doch naheliegend, daß gerade hier, wo die rechtmäßige Ausbildung der Lehrer erfolgt, die Förderung nachhaltig eingreift.

Von allen Hochschulen studieren bei weitem die meisten Südtiroler an der Universität Innsbruck. Im Studienjahr 1972-73 sind es 648, wenn man die ebenfalls hier inskribierten Supplenten und Werkstudenten wegrechnet; in ganz Österreich studieren 1080 Hochschüler. Etwa die Hälfte davon wird später in Südtirol unterrichten. Was wird für diese Leute getan?

Es ist bekannt, daß in Innsbruck eine äußerst drückende Wohnungsnot herrscht. In 2 der 3 Hochschülerheime werden von den Österreichern für die Südtiroler Plätze reserviert. Gott sei Dank! Denn wenn wir auf die Unterstützung der Südtiroler Landesregierung hätten warten müssen, stünden wir auf der Straße. Sie hat nicht einmal einen symbolischen Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot geleistet, obwohl Innsbruck als «Hausuniversität» der Südtiroler bezeichnet werden kann. Es wäre nicht zuviel verlangt, wenn sie bei der Errichtung von Studentenheimen einen Teil an finanziellen Mitteln beisteuerte.

Bei den Stipendien für Südtiroler Hochschüler in Österreich zahlt 94% Österreich (Bund und Länder), das sind 8.553.000 öS im Studienjahr 1972-73 (ca 213.825.000 Lire). Von der Südtiroler Landesregierung kommt ein armseliger Beitrag von 6% (14 Mill. Lire). Das bedeutet, daß ein Studium in Österreich — die Möglichkeit des Studiums im deutschen Kulturraum ist ausdrücklich im Pariser Vertrag verankert — überhaupt erst durch die Unterstützungen von österreichischer Seite möglich wird. Es ist ein reines Lippenbekenntnis, wenn die Südtiroler Volkspartei jede mögliche Förderung für die Hochschüler befürwortet (Entschließung des Parteiausschusses vom 19.4.1971), aber sich praktisch nicht dafür einsetzt. Außer in der Angelegenheit der Studientitel-Anerkennung ist kaum etwas geschehen.

Der Leser wird nun fragen, ob es nicht eine eigene Organisation gibt, welche die Belange der Südtiroler Hochschüler vertritt. Jawohl, es besteht eine sogenannte «**Südtiroler Hochschülerschaft**». Ihre Funktionäre verböhnen sich jedoch in ihre Kontroverse mit den österreichischen Behörden, denen sie ja eigentlich zu Dank verpflichtet wären. Überhaupt hat die SH durch die ungeschickte Haltung ihrer Vertreter immer mehr an Anhang verloren und kann sich heute nur mehr auf eine verhältnismäßig kleine Minderheit stützen. Es ist bedauerlich, wenn die SH immer wieder durch ihre ausgefallenen Resolutionen und Stellungnahmen die Öffentlichkeit vor den Kopf stößt. So kann natürlich die — gelinde gesagt — skeptische Einstellung gegenüber den Hochschülern nicht verwundern.

Eine Gruppe Südtiroler Hochschüler

Vorschlag zur Frage der internationalen Zusammenarbeit auf dem Hochschulsektor in Südtirol

Anläßlich der Verhandlungen am 2. Mai 1973 in Rom über die internationale Zusammenarbeit zwischen den beiden Universitäten Innsbruck und Padua hat der Vorstand der Südtiroler Hochschülerschaft auf Grund der Ergebnisse der bisherigen Diskussion über dieses Thema den zuständigen Stellen in Österreich und Italien folgenden Lösungsvorschlag unterbreitet:

I.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß in Südtirol im Bereich der universitären Ausbildung folgende Probleme ungelöst sind:

1. die berufsgerechte wissenschaftliche Ausbildung der Südtiroler Juristen, Wirtschaftswissenschaftler und Mittelschullehrer.
2. die Vergabe von Studienstipendien an Studenten, die im Ausland studieren
3. die Anerkennung von Teilstudien, Teilprüfungen und von Studiengängen im Rahmen des Studium irregulare
4. die nachuniversitäre Ausbildung (z. B. Facharzt) und die Berufsberechtigungsprüfungen
5. die wissenschaftliche Berufsbildung
6. die internationale wissenschaftliche Kooperation in Lehre und Forschung

II.

Nach den Vorstellungen der Südtiroler Hochschülerschaft können diese Probleme am besten von den Universitäten gelöst werden, in deren Einflußbereich Südtirol liegt und die vom Großteil der deutsch- und italienischsprachigen Studenten des Landes besucht werden.

1. Diese Kooperation soll in einem zwischenstaatlichen Vertrag zwischen Österreich und Italien geregelt werden, der eine tragfähige Basis für autonome und gemeinsame Initiativen der Universitäten bzw. Fakultäten in Südtirol schaffen soll. Weiterhin soll durch den Vertrag ein Koordinierungsgremium zwischen den Universitäten bzw. Fakultäten vorgesehen werden, das verpflichtend über sämtliche geplanten gemeinsamen und selbständigen Aktivitäten der Universitäten und Fakultäten gehört werden soll, und dem auch Vertreter der zuständigen österreichischen und italienischen Ministerien und eines zu gründenden Konsortiums angehören müssen.
2. a) Im Bereich der normalen wissenschaftlichen Ausbildung gehen die beiden Universitäten in der Regel selbständig vor, wobei die Universität Innsbruck sich vornehmlich der Ausbildung der Studenten der deutschen Sprachgruppe und die Universität Padua der Ausbildung der Studenten der italienischen Sprachgruppe annimmt.
- b) Im Bereich der normalen wissenschaftlichen Ausbildung der Juristen, Wirtschaftswissenschaftler und Mittelschullehrer, sowie der nachuniversitären Ausbildung sollen die Universitäten in der Regel kooperieren.
- c) Die Aktivitäten, die im Zusammenhang mit Funktionen stehen, die nicht in den ausschließlichen autonomen Wirkungsbereich der Universitäten fallen (z. B. Staatsprüfungen), werden von der Universität Padua unter Beiziehung von Dozenten der Universität Innsbruck durchgeführt.
3. Die beiden Staaten werden dafür sorgen.
 - a) daß der Dienstpostenplan der beiden Universitäten im Zusammenhang mit den Aktivitäten in Südtirol entsprechend erweitert wird (einschließlich

der Errichtung von doppelten Lehrkanzeln). Die Aktivitäten in Südtirol müssen in die normale Lehrverpflichtung einbezogen werden. Die ausschließliche Verpflichtung einiger Lehrkräfte für die Lehr- und Forschungstätigkeit in Südtirol soll nach Maßgabe des Bedarfs in Betracht gezogen werden.

- b) daß die Studienordnungen entsprechend den Notwendigkeiten der Kooperation abgeändert werden können.
4. Für die notwendigen Einrichtungen (Gebäude, Bibliotheken usw.) und für die Verwaltung wird ein Konsortium Sorge tragen, das zwischen der Provinz Bozen und dem italienischen Staat bzw. zwischen der Provinz Bozen und anderen lokalen Körperschaften (mit staatlicher finanzieller Beteiligung) gebildet wird.

STUDENTENTAGUNG DER SH - 1973

Vom 28. Juni bis 1. Juli findet in Bozen die diesjährige Studententagung der SH statt.

Bei der Wochenendtagung im Herbst 1972 in Brixen über „Das Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol - Möglichkeiten und Grenzen“ wurde diese Tagung vorbereitet.

Die Thematik soll nun eingeschränkt werden:

« Die Sprache im Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol ». Es wird mehr eine Studententagung werden, bei der der Nutzen oder Schaden der Doppelsprachigkeit untersucht werden soll und zwar vom psychologischen-erzieherischen sowie sozialen und wirtschaftlichen Standpunkt aus. Ferner soll das Problem der doppelsprachigen Schule, der Unterricht der zweiten Sprache und die soziale Funktion der Sprache als solcher studiert werden.

Das genaue Tagungsprogramm wird rechtzeitig in der Presse veröffentlicht und den SH-Mitgliedern zugesandt.

ZUR SÜDTIROLER HOCHSCHULPOLITIK

Am 24. Februar 1973 fand in Innsbruck eine Besprechung zwischen einer Südtiroler Studienkommission und Vertretern der österreichischen Bundesregierung und der Tiroler Landesregierung statt. Bei dieser Besprechung ging es vor allem um die Frage der Werkstudentenkurse Padua/Innsbruck. Die verschiedenen Vorstellungen über die Gestaltung dieser Kurse waren auf keinen gemeinsamen Nenner zu bringen. — Der SH-Ausschuss hat mit der Resolution vom 7. März 1973 die Kontroverse an die Öffentlichkeit getragen und zusätzlich mit Emotionen aufgeladen. Klarheit in die Angelegenheit hat er damit nicht gebracht. Auch die Stellungnahme von Assessor Dr. Zelger in den « Dolomiten » vom 20. März 1973 zu einer Leserzuschrift läßt noch viele Fragen offen. — Das « corpus delicti » in dieser Auseinandersetzung bildet eine Liste mit Interessenten für Werkstudentenkurse. In der Resolution des SH-Ausschusses wird den Österreichern zum Vorwurf gemacht, « so gar die Notwendigkeit von Werkstudentenkursen und die Richtigkeit des vorgelegten Zahlenmaterials bestritten zu haben ». Welche Bewandnis es mit der « Richtigkeit des vorgelegten Zahlenmaterials » hat, zeigt sich sobald man versucht, den Angaben auf den Grund zu gehen. Die Beschäftigung mit dieser Liste ist auch aufschlußreich über die « Notwendigkeit von Werkstudentenkursen ». Die Auseinandersetzung über Wert und Unwert des vorgelegten Zahlenmaterials wirft eine Menge Fragen auf, die am ehesten durch eine Stellungnahme von Assessor Dr. Zelger geklärt werden könnten. Eine Diskussion über diese Angelegenheit dürfte insofern von größerem Interesse sein, als die SH-Führung in Sachen Werkstudentenkurse völlig eigenmächtig vorgeht und in Studentenkreisen totale Unkenntnis darüber herrscht.

Wenn man die Liste durchsieht und die Angaben in einen größeren Argumentationszusammenhang stellt, fallen einem eine Reihe von Ungereimtheiten auf, die sich unter vier Aspekten ordnen lassen:

A) **Die Zahl 169.** Es ist immer von 169 Interessenten die Rede (Dr. Zelger spricht noch in der erwähnten Stellungnahme von der Zahl 169), in Wirklichkeit sind es 170. Die Nummer 64 scheint zweimal auf, wird aber nur einmal gezählt. Dies ist an sich nicht von Bedeutung, zeigt aber, wie oberflächlich gearbeitet wird.

B) **Die Inskriptionstermine.** Von den 170 Interessenten haben inskribiert:

1	1968-69
6	1970-71
14	1971-72
66	1972-73
83	ohne Angabe

Die 83 ohne Angabe geben Anlass zu einigen Fragen:

1. Sind diese Leute überhaupt inskribiert?
2. An welcher Universität haben sie inskribiert?
3. Wann haben sie inskribiert?

Laut Beschluss der SVP-Leitung (siehe « Dolomiten » vom 4.7.1972) ist die Durchführung dieser Kurse auf Südtiroler Hochschulbeschränkt, die in Padua/Verona inskribiert sind bzw. bis 1972 dort inskribiert haben. Erfüllen nun diese 83 Interessenten die Bestimmungen der SVP-Leitung oder nicht? Oder ist die Parteileitung inzwischen davon abgegangen? Wenn ja, wann?

C) **Die Beziehungen SBZ-Kulturassessorat.** Aus einer Leserzuschrift an die « Dolomiten » geht hervor, daß 54 von den 170 Interessenten beim Bildungszentrum inskribiert sind. Assessor Dr. Zelger läßt diese Behauptung insofern gelten, als er sagt, nie in Abrede gestellt zu haben, dass sich von den 169, die sich für Werkstudentenkurse nach dem Modell der Brixner Supplentenkurse gemeldet hatten mittlerweile einige beim SBZ eingeschrieben hätten (siehe « Dolomiten » vom 20.3.73). Und er betont, die Beziehungen seines Amtes zum Südtiroler Bildungszentrum seien gekennzeichnet von völliger Korrektheit. Nun, wenn dem so ist, erheben sich wieder Fragen:

1. Warum — wenn die Beziehungen gekennzeichnet sind von völliger Korrektheit — ist zwischen Kulturassessorat und Südtiroler Bildungszentrum keine Absprache über diese Liste erfolgt?
2. Welchen Sinn hat es, Hochschulbeschränkte, die sich beim Bildungszentrum eingeschrieben haben, in Innsbruck

als Interessenten für Werkstudentenkurse Padua/Innsbruck auszugeben?

D) **Die Studienrichtungen.** 124 von den 170 Interessenten sind Philosophen (99 Geisteswissenschaftler, 25 Naturwissenschaftler), 26 Juristen und 20 Wirtschaftswissenschaftler.

Von den Philosophen haben als Dissertationsfach:

61	Deutsch
18	Geschichte
11	Botanik
8	Mathematik
4	lingue e lettere (mod. e stran.)
3	Zoologie
3	Geographie
2	Pädagogik
2	Psychologie
1	ind. antico
10	ohne Angabe

Der erste Gedanke, der sich bei dieser Gliederung aufdrängt, ist der: Kann man verlangen, dass für ein bis vier Interessenten für ein Fach eigene Kurse eingerichtet werden? Sicher nicht. Eine solch geringe Zahl würde den Aufwand an Arbeit und Geldmitteln nicht rechtfertigen, der dafür aufgebracht werden müßte. Was die Fächer Deutsch, Geschichte, Mathematik, Geographie, Rechtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaft anbelangt, so werden sie in den Kursen des Bildungszentrums gelehrt. Diese Kurse können auch von den Interessenten, die auf dieser Liste stehen, besucht werden — sofern sie nicht schon beim Bildungszentrum sind; denn von den 170 müssen 54 (vermutlich noch mehr) abgezogen werden.

Wie es mit der « Richtigkeit des vorgelegten Zahlenmaterials » bestellt ist, dürfte nun erwiesen sein. Auch die « Notwendigkeit von Werkstudentenkursen » Innsbruck/Padua stellt sich nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit dar. Dies scheint inzwischen einigen Köpfen in Südtirol aufgedämmert zu sein. Im « Alto Adige » vom 8. März 1973 sind Auszüge eines Konzeptes veröffentlicht, das die Unterkommision der Landesschulkommision ausgearbeitet hat. (Zwischenfrage: Ist dieser Entwurf den Österreichern bei der Besprechung vom 24. Februar vorgelegt worden, oder haben sie im « Alto Adige » davon lesen müssen?). Dieses Konzept sieht eine Art gemischt-sprachige Universität vor, die durch internationale Zusammenarbeit stufenweise ausgebaut werden soll. Die Resolution des SH-Ausschusses vom 7. März 1973 kann als Zustimmung zu diesem Projekt aufgefasst werden. Dr. Zelger spricht in seiner Stellungnahme vom 20. März von Kursen nach dem Modell der Brixner Supplentenkurse. Nun wäre es interessant zu wissen, was man in Südtirol eigentlich will: Werkstudentenkurse, eine gemischt-sprachige Universität oder beides?

JOSEF FONTANA

INFORMATIONEN FÜR MATURANTEN

Anfang Mai erscheint der neue Maturantenfürer. Er enthält die wichtigsten Informationen für Maturanten, die ein Hochschulstudium beginnen: Hochschulstädte, Fachrichtungen, Stipendien- und Militärangelegenheiten, Studientitelanerkennung u.s.w.

Interessenten können diese Informationschrift im Sekretariat der SH, Waltherhaus, abholen oder schriftlich anfordern. Sie wird kostenlos verteilt.

SOZIALDEMOKRATEN

Sozialdemokratie in Südtirol Enttäuschungen und Hoffnungen

Seitdem die Volkstumspolitische Phase in der südtiroler Politik nach Annahme des Paketes immer mehr an Motivation und Interesse verloren hat, kann man ein zunehmendes « Interesse » von Seiten der Politiker und Parteien an sozialen und wirtschaftlichen Fragen feststellen. In einer Provinz, in der politische Information bzw. Bildung fast ausschließlich in Form von Volkstumsparolen und Emotionen erfolgt ist, kann es auch nicht als sonderbar angesehen werden, wenn weiterhin Schlagworte und Lippenbekenntnisse echtes soziales Engagement zu ersetzen suchen.

Daß man allerdings allein damit große und komplexe Probleme nicht mehr lösen kann, und daß eine Verzögerung geeigneter Gegenmaßnahmen unverantwortlich ist, sehen immer mehr Südtiroler ein.

SPS

Selbst Kammerabgeordneter a. D., Hans Dicitl, fühlte sich berufen, das soziale Gewissen der Südtiroler durch die Gründung der Sozialdemokratischen Partei Südtirols (SPS) aufzurütteln. Anlässlich der ersten Prosekkonferenz dieser neuen Partei, im November 1972, stellte sich jedoch bald heraus, wie unterschiedlich die Meinungen innerhalb des Gründungskomitees sind, und wie sehr der beinahe schon zur Mode gewordene Begriff Sozialdemokratie strapaziert werden kann. Wenn ein « Vorstandsmitglied » der SPS z. B. die Bezeichnung « sozialdemokratisch » für seine Partei durch die Bezeichnung « christlich-sozial » ersetzbar und zutreffender hielt, kann man sich schon ein Bild von der ideologischen Verwirrung in der SPS machen. (Man bedenke: Willy Brandt durch Franz Josef Strauß ersetzen!!!).

Wie soll eine « Linkspartei » eine junge und kritisch-aufgeschlossene Generation ansprechen:

- wenn für ihren Vorsitzenden das Listenzeichen « Tirol » samt Adler eine unveräußerliche Trophäe aus dem letzten Wahlkampf ist, für das er zu lange kämpfen mußte, als daß er es dem WDU (jetzt PDU) überlassen könnte;
- wenn für sie gesellschaftspolitische Fragen wie Ehescheidung, Geburtenkontrolle, Wehrdienstverweigerung usw. nicht von Aktualität sind und besser nicht besprochen werden sollten;
- wenn sie die Leistungen einer Gewerkschaft zuerst nach ihrem « ethnischen Gehalt » und dann erst nach ihrem sozialen Einsatz beurteilt;
- wenn klare Vorstellungen über Werkstudentenkurse und Unversität vermisst werden, wenn dafür aber die Ladiner in der SPS einen weiteren unerwarteten Helfer finden, der alle bisherigen in den Schatten zu stellen scheint. « ... Besonders an unseren Schulen soll das Verständnis für die kulturellen Eigenarten der Ladiner geweckt werden », heißt es im Aktionsprogramm der SPS wörtlich.

Soschr man eine Förderung der ladinischen Sprachgruppe gutheißend muß, kann man über diese massive Stimmenhascherei nur erstaunt sein.

Es bleibt nur zu hoffen, daß die Kandidatur einer « ideologisch » derart ausgerichteten « sozialdemokratischen » Partei zur Belعبung des politischen Lebens innerhalb der deutschen Volksgruppe in Südtirol irgendwie beiträgt und nicht eine weitere Verzögerung im politischen Bildungsprozess unserer Mitbürger bewirkt; es sollte auf jeden Fall vermieden werden, daß eine zu starke Auseinandersetzung zwischen den Oppositionsparteien der SVP zum Vorteil gereiche.

SVP

Diese Gefahr ist jedoch bereits teilweise entschärft: die SVP hat selbst dazu beigetragen, indem sie viele Südtiroler schwer enttäuschte, die sich von einer Statutenreform einen wesentlichen Umschwung erhofften. Die Landesversammlung der SVP vom 24. März 1973 hat deutlich gezeigt, wie es um diese Partei steht und wer in ihr bestimmt. Wenn KVW und ASGB glaubten, durch die Einführung des Listenwahlsystems einen größeren Einfluß innerhalb der Partei und indirekt innerhalb der Landesregierung gewinnen zu können und den Arbeitnehmern eine bessere Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeit in den entscheidenden Gremien sichern zu können, dann mußten sie wohl den Eindruck gewinnen, vom Rest der Partei glatt an die Wand gespielt zu werden.

Parteiobmann Magnago erklärte ja selbst nach Abschluß der Landesversammlung in einem Rundfunkinterview auf die Frage, ob innerhalb der SVP ein leichter Linksruck zu verzeichnen wäre, davon sei keine Rede. Tatsächlich ist es der Parteileitung gelungen, unter dem Anschein, den Arbeitnehmern ein kräftiges Stück näher getreten zu sein, eine weitere Verfestigung der Partei und eine noch ausgeprägtere Disziplinierung ihrer « Linkskräfte » zu erreichen: einer moralischen Aufwertung folgte « geschickt getarnte » rechtliche Beeinträchtigung.

Wie anders sollte man die Worte des Parteiobmannes interpretieren, wenn er zur Einführung des Listenwahlsystems unter anderem sagte: « ... denn wir wollen die Sammelpartei aller sozialen Gruppen der Südtiroler **bleiben**, die entsprechend ihrer Stärke — dies wollen wir **alle begrüßen** — ihr Mitspracherecht und Mitbestimmungsrecht in den jeweiligen Gremien, wenn möglich in noch besserer Form **beibehalten sollen**. Sollte dies durch die Änderung der Statuten **erreicht werden**, so könnten wir **uns nur alle darüber freuen** ... ».

Auch kann man die Überzeugung des Parteiobmannes nicht bezweifeln, wenn er meint: « ... ich bin überzeugt, daß diese Gegensätze (soziale Spannungen zwischen verschiedenen Gruppen unseres Volkes) nicht außerhalb, sondern innerhalb der Partei ausgetragen werden müssen ... » Dafür sorgt ja schließlich das neue Listenwahlsystem, das ja nicht zufällig nur auf die parteiinternen Wahlen angewandt werden kann. Die sozialen Kräfte innerhalb der SVP müssen wohl am meisten davon enttäuscht worden sein, daß ihnen das Recht der Nominierung von Kandidaten für Gemeinde-, Landtags- und Parlamentswahlen verenthalten worden ist.

Nicht allein dieser Punkt des neuen Parteistatutes der SVP fordert mich zur Behauptung heraus, daß unter dem Vorwand, den Arbeitnehmern eine verstärkte Vertretung innerhalb der Partei zugestehen zu müssen, ein neues Statut ausgearbeitet und genehmigt wurde, das die bisherigen Machtverhältnisse innerhalb dieser Partei noch mehr konsolidieren sollte. So wurde beschlossen, daß in Zukunft nicht mehr die Landesversammlung, sondern der Parteiausschuß für die Bestellung des Parteischiedsgerichtes zuständig sein wird!! (Begründung: das Verfahren der Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichtes wird auf diese Weise schneller und **einfacher**.)

Bei Streitigkeiten über die Auslegung des Parteistatuts ist künftighin die Parteileitung zuständig... « Damit wird größere **Sicherheit** und **Einheitlichkeit** in der Anwendung der Statuten gesichert » (!!!).

Ein dritter Punkt in der Statutenneuregelung betraf die vieldiskutierte Unvereinbarkeitsklausel: Partei- und Regierungsämter dürfen nicht von derselben Person übernommen werden — entsprechend der SVP-Logik betreffend Meinungspluralismus und Mitbestimmung wurde diese Forderung dahingehend verdrückt, daß die Amtsdauer des Parteiobmannes von zwei auf drei Jahre verlängert wurde und all jene enttäuscht wurden, die sich

an der Qual der Wahl, vor die Parteibormann Magnago gestellt worden wäre, ergötzen wollten.

Bei diesen merkwürdigen Vorgängen, die sich vor und während der Landesversammlung ereignet haben, ist es eigentlich erstaunlich, daß nicht auch jener Vorschlag der Parteausschußmehrheit angenommen wurde, der es den Ausschußmitgliedern ermöglicht hätte, sich selbst bzw. sich gegenseitig zu Kandidaten für Landtags- und Parlamentswahlen zu wählen!

Es bleibt nur zu hoffen, daß den fortschrittlichen Südtirolern endlich die Augen aufgehen, bzw. daß es gelingen möge, sie über den wahren Sachverhalt aufzuklären!

S F P / JUGENDTREFFEN

Eine Versammlung ganz anderer Art fand am Sonntag, den 11.3.1973 in Bozen statt. Auf Einladung der SFP-Jugendgruppe trafen sich junge Sozialisten in- und außerhalb der SFP zu einem Meinungsaustausch über die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit der fortschrittlichen Jugend Südtirols. Nach Referaten des SFP-Vorsitzenden Dr. E. Jenny über das Thema « Sozialismus in Südtirol » und des Vorsitzenden der SPÖ Jugend-Tirol, Herbert Tieber, über das Thema « Die politische Tätigkeit der Jugend », kam es zu teilweise recht lebhaften Diskussionen, wenngleich größere Ergebnisse ausblieben, was vor allem auf den Umstand zurückzuführen war, daß sich viele Teilnehmer erst kennenlernen mußten.

Dr. Jenny wies besonders auf die vielen Schwierigkeiten hin, denen eine sozialdemokratische Partei in Südtirol gegenübersteht. Neben dem Mißtrauen gegen alles Neue und Fortschrittliche von seiten eines großen Teiles der Südtiroler und neben dem immer noch sehr großen Einfluß des Klerus und der kirchlichen Organisationen, die in Südtirol anscheinend noch nicht jenen Denkprozeß durchgemacht haben, der ähnliche Institutionen in Österreich und Deutschland schon seit langem zu einer viel offeneren und unvoreingenommenen Haltung gegenüber den Linksparteien bewogen hat, sei vor allem die Tatsache, daß sehr viele Südtiroler durch Beihilfen, finanzielle Zuschüsse und Subventionen von der Landesregierung (sprich SVP) in einem gewissen Sinne abhängig seien, der Grund dafür, daß sie den Übertritt zu einer anderen Partei nicht riskierten. Aus diesem Grunde sei die SVP trotz zunehmender innerer Verwirrung nach außen hin stärker denn je.

Ein Hauptanliegen dieses Treffens junger Sozialisten war eine Diskussion über die Möglichkeiten der Informationsverbesserung zwischen arbeitender und studierender Jugend sowie zwischen allen linken und fortschrittlichen Kräften im allgemeinen. In diesem Zusammenhang wurde die erste « Fortschritt »-Sondernummer für die Jugend vorgestellt. Dieser Versuch sollte weitergeführt werden, mit dem erklärten Ziel, die Diskussion über Probleme der Schule, der Arbeit, der Emanzipation usw. anzuregen und zu vertiefen, sowie eine zunehmende Zusammenarbeit und Einigung aller linksstehenden Jugendlichen zu fördern. Daß dieses Vorhaben schwierig ist und den guten Willen aller zur Zusammenarbeit voraussetzt, ist einleuchtend; zuviele Versuche ähnlicher Art sind in der Vergangenheit gescheitert. Deutlich aufgezeigt wurden die unterschiedlichen Auffassungen bei der Behandlung der Frage, ob kurzfristige (auf die Landtagswahlen 1973 abgestimmte) oder langfristige Informationsarbeit durchgeführt werden sollte. Einleuchtenderweise vertraten einige Mitglieder der Basisgruppe Bozen die Meinung, man müsse der langfristigen Information und Schulung größte, wenn nicht gar ausschließliche Bedeutung beimessen, während die eher parteipolitisch denkenden Diskussionsteilnehmer vorerst

auf eine Öffentlichkeitsarbeit mit Schwerpunkt Landtagswahlen 1973 bestanden.

Die Frage, wieweit Mitglieder von Basisgruppen und ähnliche außerparlamentarisch tätige Linksgruppen für parteipolitische Anliegen aufgeschlossen sind und wieweit sie parlamentarische Arbeit zu unterstützen bereit sind, konnte auf dieser Tagung nicht geklärt werden, darüber sollte die Zukunft Aufschluß geben. Jedenfalls wurde von allen Anwesenden die Wichtigkeit der Zusammenarbeit aller Linkskräfte in Südtirol eingesehen und dieses Ziel als sehr erstrebenswert erkannt. Möge der Ausgang der Parlamentswahlen 1972 ein mahnendes Lehrbeispiel sein, wie Uneinigkeit der Linken bzw. mangelndes verantwortungsbewußtes parteipolitisches Engagement nur zur eigenen Schwächung (Verlust von 1,5 Millionen Stimmen) und zur Stärkung der Rechten beigetragen haben. Die Südtiroler Sozialisten, welcher ideologischen Schattierung sie auch immer angehören mögen, dürfen die Chance der Landtagswahlen 1973 nicht in ähnlicher Weise verspielen! Möge es der SFP-Jugendgruppe gelingen, in Zusammenarbeit mit ihren « außerparlamentarischen » Freunden eine funktionsfähige politische Plattform zu finden, die sowohl für die linksfreundliche katholische Arbeiterjugend, als auch für die Ober- und Hochschuljunge ein gültiger Bezugspunkt in ihren politischen Entscheidungen und Aktionen sein kann. Besonders die Hochschuljunge sind auf einen solchen Bezugspunkt angewiesen, da sie (zur Genugtuung vieler Konservativer) oft zehn und mehr Monate im Jahr außer Landes sind und da ihre Organisation, die Südtiroler Hochschülerschaft, deren Lebensdauer unterschiedlich prognostiziert wird, ihr politisches Engagement notwendigermaßen auf kulturelle und hochschulpolitische Entscheidungen beschränkt.

EGON SCHWARZ

WAHL DES NEUEN AUSSCHUSSES

Ende Mai werden die einzelnen Hochschulgruppen den Verbindungsmann und die Delegierten für den Ausschuß der SH wählen. Von der Wahlbeteiligung hängt es ab, wieviele Vertreter eine Hochschulgruppe in den Ausschuß entsenden kann.

Gib Dir die kleine Mühe und geh' zur Wahl - Unzufriedenheit mit der Aktivität der Leitung des Vereines ist ein Grund mehr dafür!

Nur durch Schimpfen und Abseitsstehen kannst Du Deine Interessen nicht wahrnehmen.

DER VORSTAND DER SH

Diskussion mit der S.P.S.

Am 17. März 1973 fand auf der SH-Bude Florenz eine Diskussion mit Herrn Dr. Florineth von der SPS statt. Der folgende Beitrag ist anlässlich dieser Diskussion entstanden.

SPS oder: Ist Diel ein anderer geworden?

Wir sind überzeugt, daß die Sozialdemokratische Partei Südtirols entscheidend zur Sicherung und Entfaltung unserer Volksgruppe sowie zur Entwicklung unseres Landes beitragen wird. Das Listenzeichen der Sozialdemokratischen Partei Südtirols wird der Tiroler Adler sein.

(Aus dem Aufruf des Gründungskomitees der SPS an die Südtiroler).

I.

Es ist nichts Neues, wenn man sagt, daß die SVP in erster Linie die Interessen bestimmter großbürgerlicher und klerikaler Kreise vertritt und den Rest der Bevölkerung durch Vereine wie KVV und Bauernbund bei der Stange zu halten versucht. Das ethnische Bewußtsein und die damit verbundenen Einigkeitssparolen konnten nicht verhindern, daß immer mehr Südtiroler sich dieser Art Politik zu machen, entfremdeten, daß sie «abwanderten» — das heißt, manche haben den großen Schritt gemacht und sich bei der CGIL eingeschrieben und ihren Stimmzettel weiß abgeben oder eine italienische Partei angekreuzt.

Die SVP reagiert darauf, indem sie sich ein neues, ein sozialeres Gesicht zu geben versucht (siehe Statutenreform, Programmänderung). Sie möchte den Leuten zumindest zeigen, daß sie auch an sie denkt und auch für sie ein gutes Wort übrig hat. Auf diese Weise versucht die SVP, bei den nächsten Landtagswahlen ohne große Verluste über die Runden zu kommen. Das ist ein Aspekt der politischen Schwierigkeiten der SVP.

Auf der anderen Seite haben wir das Paket. Daß die römische Bürokratie langsam arbeitet, daß die DC als wichtigste Regierungspartei für die lokale Autonomie wenig übrig hat, ist bekannt; ebenso ist bekannt, daß mit der Durchführung des Pakets große technische und personelle Probleme verbunden sind. Aber wo ist der politische Wille der SVP, sich für die baldige Durchführung der im Paket vorgesehenen Maßnahmen einzusetzen, geblichen? Warum ist es in letzter Zeit um das Paket so still geworden? Warum ist man über die Hürde der Neueinteilung der Senatswahlkreise nicht hinweggekommen? Es ist klar, daß im Zuge der Übertragung vieler Kompetenzen auf die Provinz Bozen die SVP vor neue Aufgaben gestellt wird: aus einer Verwaltungspartei wird eine Regierungspartei. Die SVP wird eine größere Verantwortung zu tra-

gen haben und sie wird zeigen müssen, wessen Interessen sie vertritt. Ausreden über die Schwierigkeiten mit der Regierung in Rom und mit der DC von Trient werden immer weniger Gehör finden. Die SVP wird Farbe bekennen müssen. Immer mehr Leute werden erkennen, auf welcher Seite das Herz der SVP schlägt, immer mehr Leute werden «abwandern». Daran wird auch die Statutenreform und eine Änderung des Parteiprogrammes wenig ändern.

II.

Die neue Partei Diel's ist ein Versuch, für diese «Abwanderer» und für alle jene, die mit der SVP nicht zufrieden sind, eine Alternative zu schaffen. Denn daß Dr. Jenny, der es gewagt hat, bei den letzten Parlamentswahlen die Stimmabgabe für einen italienischen Sozialisten zu empfehlen, keine Alternative darstellt, scheint für Herrn Diel klar zu sein. Wie versucht Diel, seine Alternative glaubhaft zu machen, wie steht es mit dem Programm der SPS?

Im Aktionsprogramm der SPS heißt es: «Die Erfahrung hat nämlich gezeigt, daß die SVP nicht mehr imstande ist, wirksame Entscheidungen in den für die Volksgruppe wichtigen Belangen zu treffen. Deshalb sind die sozialen Probleme so akut geworden, daß der wirksame Schutz der Volksgruppe und ihre Entfaltung immer mehr in der Lösung dieser wirtschaftlich-sozialen Fragen liegt. Die Erweiterung der Autonomie und die bessere Ausnutzung der Befugnisse, die Arbeitsplatzbeschaffung, die wirtschaftliche Entwicklung, der Volkswohnbau, das Bildungs- und Gesundheitswesen, der Umweltschutz und die Raumplanung sind Kernpunkte unseres Programms». Das Programm artikuliert sich nun in folgenden Punkten:

— Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entwicklung: Förderung zukunftsorientierter und umweltfreundlicher Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe; Fremdenverkehr; Ausbildungsmöglichkeiten; Landwirtschaft («Für die Berg- und Kleinbauern erachten wir die Schaffung neuer Arbeitsplätze und Verdienstmöglichkeiten, die verkehrsmäßige Erschließung ihrer Höfe, sowie deren berufliche Ausbildung als Grundlage für die Sicherung ihrer Existenz. Gerade die Berg- und Kleinbauern leiden seit langem unter der mangelnden wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes und sind deshalb besonders zu fördern»);

— Bildungswesen und Kulturpolitik: «Bessere Bildungsmöglichkeiten für alle sind wesentlich, um die Sicherung und die Ent-

faltung unserer Volksgruppe zu ermöglichen». Gründung einer Pädagogischen Hochschule; Bildung von Mittelpunktschulen. «Die Schulraumnot kann durch den verstärkten Einsatz öffentlicher Mittel behoben werden!» Erwachsenenbildung; Empfang der Fernsehprogramme aus dem deutschen Sprachraum; Pflege der Volkskultur («Den vielen schöpferischen Talenten unseres Volkes sollen in unserer Heimat genügend Entfaltungsmöglichkeiten geboten werden»).

— Wohnbau, Raumplanung und Umweltschutz: «Jeder Südtiroler hat ein Recht auf eine anständige Wohnung». Volkswohnbau; weitblickende und sozial fortschrittliche Raumplanung: «Wir erachten es deshalb als eine Hauptaufgabe, unser Land vor dem Zugriff verantwortungsloser Spekulanten und vor einer planlosen Zersiedelung zu bewahren. Der hohe Freizeitwert und die Schönheiten unserer Landschaft müssen als wertvolles Gemeingut unseren Kindern erhalten bleiben».

— Gesundheitswesen und Sport: «... Diese Anstrengungen können nur mit einer grundlegenden Reform des Gesundheitswesens einen echten Erfolg für alle Schichten unserer Bevölkerung bringen. Durch die gezielte Förderung des Schul- und Vereinssports soll dazu beigetragen werden, daß in Südtirol die sportliche Betätigung als sinnvolle Freizeitgestaltung auf breiter Basis erfolgen kann».

— Gewerkschaftsfrage: «Auf Grund der geschichtlichen Entwicklung und der gegenwärtigen Lage vertreten wir den Ausbau und die Stärkung eines parteilich ungebundenen und autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbundes, im Sinne des von uns vertretenen Anspruches auf Selbstverwaltung im gesellschaftlichen und politischen Bereich».

— Schutz und Pflege der ladinischen Sprache und Kultur.

— Die Beziehungen zur italienischen Sprachgruppe: «Wir sind an einer loyalen Zusammenarbeit mit unseren Mitbürgern der italienischen Sprachgruppe interessiert die zum Abbau der immer noch bestehenden Spannungen und zur Lösung der gemeinsamen Probleme beitragen soll. Zudem sind wir der Ansicht, daß es auch im Interesse unserer italienischen Mitbürger liegt, aus wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen heraus, die Zuwanderung aus den alten Provinzen nicht mehr zu unterstützen».

— Südtirol — ein europäisches Problem: «Wir bekennen uns zum Gedanken der europäischen Ein-

— gung. Diese kann jedoch nur dann verwirklicht werden, wenn die Grenzen abgebaut werden und die Trennung geschichtlich und kulturell zusammengehöriger Räume beseitigt wird».

Dieses Programm und die angeführten Zitate müßten für sich sprechen. Eine systematische Analyse der darin enthaltenen Widersprüche würde über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen. Auf einige Dinge sei jedoch hingewiesen.

III.

Ein soziales Programm dieser Art hat heute jede Partei in ihrem ideologischen Gepäck. Selbst die Liberalen behaupten seit über einem Vierteljahrhundert, daß sie für Reformen sind, auch für radikale Reformen, wenn es notwendig ist. Was die großen sozialdemokratischen Parteien betrifft (SPÖ, SPD, die skandinavische Sozialdemokratie, die Labour Party), so verstehen sie sich als linke Volksparteien. Das will aber nicht heißen, daß die Idee der Klassengegensätze und des Klassenkampfes gänzlich aus ihrem Programm verschwunden ist. Ihre enge Bindung an die Gewerkschaften und die Zusammensetzung ihrer Wählerschaft beweisen es. Für die SPS scheinen Begriffe wie Arbeiterklasse oder Klassengegensatz

nicht zu existieren. Natürlich kann man behaupten, die Interessen der Arbeiter, der Klein- und Bergbauern zu vertreten. Aber Herr Dietls scheint nicht zu verstehen, daß es nicht möglich ist (bisher jedenfalls nicht), die Arbeiterklasse und die Bauern auf einen Nenner zu bringen.

Bei der Diskussion in Florenz sagte Dr. Florineth, die SPS vertrete die Interessen des «kleinen Mannes». Auf die Frage, wer dieser phantomatische «kleine Mann» sei, sagte er, den «kleinen Mann» rieche man geradezu auf unseren Straßen, es sei der Mann, der von den Gnaden anderer lebe und sich nicht zu helfen wisse, der verbittert sei und enttäuscht über den Lauf, den die Dinge nähmen etc. Es ist klar, daß ein solcher Begriff politisch und soziologisch nicht genau definiert werden kann. Wie weit man sich durch die Verwendung derart verschwommener Begriffe, verbunden mit einer scharfen Akzentuierung des ethnischen Problems, in eine gefährliche Nähe zur nazi-faschistischen Ideologie begibt, sei dahingestellt. Jedenfalls sollte es zu Bedenken Anlaß geben. Käme noch der Ruf nach Ruhe und Ordnung hinzu, wäre die Sache ja perfekt.

Auf die Frage, warum er aus der SFP ausgetreten sei, antwortete Dr. Florineth, die Wahlempfehlung Dr.

Jennys bei den letzten Parlamentswahlen sei ausschlaggebend gewesen, obwohl es schon früher Divergenzen gegeben habe. Der SFP habe es an Wirksamkeit und Durchschlagskraft gefehlt, sie habe durch die Politik Jennys keine breitere Basis finden können; diese Basis sehe er, Dr. Florineth, nun in der Partei Dietls. Da stellt sich die Frage, ob Dr. Florineth jemals darüber nachgedacht hat, was Sozialdemokratie heißt und was die SPS will. Theoretische Überlegungen — so Dr. Florineth — seien gar nicht so wichtig, es komme in erster Linie auf das Durchschlagsvermögen einer Partei an, alles andere ergebe sich von selbst.

Schlussfolgerung: Indem die SPS das ethnische Problem an die erste Stelle setzt und das ganze Programm damit durchtränkt, und zu diesem Zwecke die sozialen und wirtschaftlichen Fragen nur instrumentalisiert, beweist sie, daß sie keine sozialdemokratische Partei ist; sie vergißt, daß die sozialen Probleme quer durch die Volksgruppen gehen. Die SPS ist eine Partei, die ethnische und kleinbürgerliche Ansprüche vermengt und versucht, diese Ansprüche durch eine gehörige Portion Opportunismus zum Tragen zu bringen.

HUBERT GASSER

LESERBRIEFE

Zur Buchkritik

Ich habe Ihr als Bruchkritik erschiene Pamphlet gegen Reinhold Messner gelesen und dabei mit Vergnügen festgestellt, daß man Ihre Redaktion zur naivsten des Jahres erklären sollte.

Nachdem «Carl Plattners» Elaborat von ungezählten Zeitungen mit mehr oder weniger witzigen Randbemerkungen an den Absender, der sich hinter diesem treuerzigen Pseudonym verbirgt, zurückgeschickt wurde, kann es nun doch noch das Auge des sachkundigen Lesers erfreuen, und gar im Skolasten, wie sinnig!

Sollten Sie nochmals Lust empfinden, dermaßen infame Anschuldigungen veröffentlichen zu wollen, so sollten Sie sich doch die kleine Mühe machen, den Inhalt auf Tatsachen hin zu untersuchen.

Versuchen wir es doch posthum auch hier:

Reinhold Messner arbeitet gar nicht mehr für Alpinismus International und im übrigen ist es wohl neu, daß ein Bergsteiger «Verrat am Alpinismus» begeht, wenn er sich als Führer verdingt. Und ist es nicht etwas kitschig, daß man in den Bergen das «Schweigen» lernen muß? Die heilige Bergwelt und in ihr nur hehre Seelen??

Da fällt mir noch der angeprangerte Verkauf von Emotionen ein. Daraufhin müßte wohl alle Bellettristik von dieser Welt verbannt werden und nur die Kochbücher behielten ihren rechtmäßigen Platz.

Nun zu den Eingeborenen, die da übervorteilt wurden:

Es kann sich (da ja «Aufbruch

ins Abenteuer» kritisiert wird) nur um die Danis in Neuguinea handeln. Sie bekamen unter anderem Salz und Stahlbeile. Wissen Sie, wie wertvoll Salz in Neuguinea ist? Wie gut man dort Äxte brauchen kann? Daß dort Geld noch nicht existiert und dort keinen Wert hat? Der Tausch war fair.

Unfair ist es allerdings von «Herrn Plattner», Menschen, die in paradisischen Umständen — fern von allen Leistungs- und Zivilisations-Motivationen — ein sehr selbstbewußtes und freies Leben führen, als «armselig, unfrei und primitiv» darzustellen.

Dann ist da noch das «Chalet in der Bannzone»: als Reinhold Messner vom Nanga Parbat zurückkehrte, wollte ihm seine Heimatgemeinde eine Freude machen und «schenkte» ihm die Erlaubnis, sich neben bereits existierenden Almhütten noch ein Blockhaus aus alten Stadelbalken zu errichten. Dies nun als «Chalet in der Bannzone» hinzustellen, was so schön protzig und neureich klingt, ist nicht nur übertrieben, sondern gemein.

Leider geht es noch weiter:

Wer die Geschichte des Droites — Alleingang kennt (die Wand heißt nicht Droites, dort werden Autos gebaut) — weiß wohl auch, warum Reinhold Messner hinterher geweint hat. Glück und Wunder sind da doch recht merkwürdige Vokabeln.

Am Manaslu von mirakulösen» Umständen zu sprechen geht in der Tragweite der Anschuldigung wohl weit über das Maß bösen Willens hinaus.

Und so weiter... Wenn Reinhold Messner unter reißerischen Titeln wie «Zehn Eislawinen» Artikel schreibt, die zur Sicherheit am Berg auffordern, und wenn das dann ins Gegenteil verzerrt wird, wenn man überhaupt über Herrn Plattners Schrifttum Bilanz zieht, so kann man als Schlussfolgerung Herrn Plattner eigentlich nur noch wärmstens empfehlen, sich in Zukunft bei der Springer-Presse zu verdingen.

Und den Vorwurf des Ausverkaufs billiger Ware sollte man statt Reinhold Messner lieber dem Skolasten machen.

Oder wird hier ein «Nouveau Candide du Tyrol du Sud» publiziert und ich habe das noch nicht begriffen?

Da Sie ganz versessen auf Pseudonyme zu sein scheinen, will ich mich für heute Philomena Schreckbichler nennen und gleichzeitig um Abdruck meines «Leserbriefs zur Buchkritik» bitten.

Mit freundlichen Grüßen

USCHI MESSNER, Villnöß

Anmerkung der Redaktion:

1. Alle im SKOLAST gedruckten Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder.
2. Die SKOLAST-Redaktion ist im Besitze der Anschrift des Verfassers des Beitrages „Ausverkauf des Abenteurers“.
3. Die SKOLAST-Redaktion stellt keine Recherchen über die Absender der Beiträge an.

Südtiroler Eigenständigkeit

Obwohl es eigentlich nun endlich einmal meine Aufgabe wäre, meinen Standespflichten als Hochschüler dringend nachzukommen und abzuschließen, sei es mir erlaubt, einige wenige Gedanken zum Begriff einer Südtiroler Eigenständigkeit zu äußern, die mir beim Nachlesen der Beiträge zur Wochenendtagung der SH über das Zusammenleben der Volksgruppen gekommen sind.

Für mich bedeutet die ersuchte südtiroler Eigenständigkeit nicht die Randerscheinung der Lösung gewisser örtlicher Fragen. Diese Fragen betreffen nicht eine Randerscheinung, sondern den Inhalt des Lebens des Südtirolers in seiner Heimat schlechthin. Es ist also eine Lebensfrage.

Ferner ist für mich heute die Verbindung zum übrigen deutschen Sprachraum als durchaus befriedigend zu betrachten. Wie die SVP-Jugendsicherwiederbestätigen wird, besteht auch keine besondere Nachfrage für einen weiteren Ausbau der Beziehungen mehr. Die Zeit, in der sich der Südtiroler wie ein schüchternes Kind jedesmal dann zwischen die Falten des Rockes der Mutter verkriecht, wenn er einer ungewohnt neuen Begegnung gegenübersteht, ist vorbei und soll auch vorbei sein.

«Mutter kann da auch nicht mehr alles lösen», möchte ich einer Innsbrucker Hofrätin sagen. Mit

schmerzlichem Bedauern und Entsetzen glaube ich mangelnde Kenntnis und Verständnis auch bei anderen gebürtigen Südtirolern, so einem Bundesminister a.D., einem Landeshauptmann, einem ehemaligen Konsul, feststellen zu müssen.

Kultur ist für mich zuallererst ur-eigenstes Geistesleben, Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit, für den Südtiroler also vornehmlich mit der von ihm gelebten Wirklichkeit, nicht der Genuss eines auserlesenen deutschen (oder italienischen) Weines in den Mussestunden.

Echtes südtiroler Geistesleben ist auch nicht das, was der Fremde oder der Zugereiste zunächst darunter verstehen mag. Es ist nicht Festklammern an eine Vergangenheit, auch dann nicht, wenn sie als einzig mögliche Zukunft betrachtet wird. Es ist auch nicht Überbordwerfen jeglicher Überlieferung, um dem geistigen Leithammel nachzulaufen, der als am meisten zeitgemäß gilt. Es ist nicht schiere Gewinn- und Genußsucht in den Armen einer Dirne oder in der städtischen Abwasserschleuse oder in beiden zusammen. Es ist bruchlose Bewältigung der Gegenwart. Es ist dann gegeben, wenn sich der Südtiroler in seiner Heimat nicht als Fremder fühlt.

Sind Bildungs- und Wirtschaftsfragen, die des Fortschritts und der Entwicklung, des Auskommens mit

der übergeordneten Staatsbehörde, das Zusammenleben verschiedener Volksgruppen, die Auseinandersetzung mit den Geistesbewegungen der Gegenwart, wie sie in Südtirol auftreten und erscheinen, nicht Aufgabe genug, nicht hochstehend genug?

Wahrlich, so will mir scheinen, diese Anforderungen sind nahezu so beängstigend und herausfordernd wie das Erwachsensein. Wehe dem, der nicht alle Möglichkeiten nützt, die er ergreifen kann. Er ist einem erwachsenen Kinde gleich, das in seiner unwirklichen Kinderwelt dahinwelkt und verschwindet, ohne Kraft und Leistung, verhätschelt und verzärtelt von mehr oder weniger wohlmeinenden Verwandten. Hinauf zur Spitze, wenigstens so weit du zu kommen vermagst, auf allen Gebieten menschlicher Errungenschaften!

Freilich käme dem Südtiroler Volk bei der Erarbeitung seiner Eigenständigkeit, seines Selbstbewußtseins, Grundlage für die menschliche Erfüllung eines jeden einzelnen Menschen, jede Hilfe sehr gelegen, außer derjenigen, die man mitunter einer Schwiegermutter zuschreibt. Wenn Mutter oder Schwiegermutter alles besser wissen und machen zu können glauben, gibt es nur eine Lösung: die Trennung.

E. STOCKER

OFFENER BRIEF

An das Südtiroler Bildungszentrum (SBZ)
Dr. Streitergasse 20
39100 BOZEN

Betreff: Inskription

Sehr geehrte Herren!

Unterfertiger Diogenes, bisheriges Mitglied der Südtiroler Hochschülerschaft (Nr. 1737), er sucht um Aufnahme unter die Studenten des SBZ. Gleichzeitig erklärt er sich bereit, der neu gegründeten Anti-SH in Bozen beizutreten.

Die Motive sind sehr einsichtig. Der unterfertigte Hochschüler hat es langsam satt, ein intensives und langes Studium fern der Heimat zu machen, und noch dazu bei einer Vereinigung zu sein, die sich SH nennt, die es wagt, unsere österreichischen Freunde, Regierungsbeamte und Universitätsprofessoren, zu kritisieren und anzupöbeln, und die deshalb vom gut informierten und indifferenten Tagblatt der Südtiroler zu recht ständig angegriffen oder totgeschwiegen wird.

Diese Außenseiterrolle kann der Unterfertigte nicht länger ertragen. So bittet er um Aufnahme in eine bessere Institution, in das SBZ. So würde er auch von den kritischen Dolomiten endlich einmal anerkannt und gewürdigt, geschätzt und bemitleidet. Besonderes Mitleid würde er sich bei Toni Ebner zunächst dadurch erwecken, daß er sich als Werkstudent um einen Lehrstuhl in der

Mittelschule Innichen oder am Reschen bemühte. So könnte er eine beträchtliche Kilometerzahl täglich aufweisen. Auch bei Innsbrucker Professoren müßte dies Mitgefühl, ja tiefes Mitgefühl, auslösen. Ferner hat er, der Unterfertigte, in den Dolomiten gelesen, daß kinderreiche Werkstudenten besonders geschätzt und erwünscht sind. Im Notfall würde er auch diesem Wunsche nachkommen, um die nötige Punktezahl zu erreichen.

Dieses so sozial orientierte Bildungszentrum bewundert der Unterfertigte einfach mit allen Fasern seiner Gefühle und Kräfte. Besonders fasziniert hat ihn die Zeitungsnotiz, daß vier Leute nach einem Semester bereits den Magistertitel der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften erhalten haben. (Daß diese bereits Volkswirte waren, muß ja nicht ausdrücklich gesagt werden. Die Dolomiten sind einfach raffiniert. Ich bin begeistert!) Darf der Unterfertigte schon jetzt bei der Inskription um die baldige Sponsion einiger Magistertitel bitten?

Diogenes freut sich, bei Ihnen, sehr geehrte Herren des SBZ, in kurze vorsprechen zu können und so mit Ihrer Hilfe einer neuen und besseren Zeit entgegen zu gehen.

In vorzüglicher Hochachtung

Ihr
Diogenes
convertito davvero!

Ernst Bloch:

Es kommt darauf an, das Hoffen zu lernen

P. Zelger hatte an dieser Stelle vor Jahren ein Interview mit Ernst Bloch angekündigt, welches aber nie stattgefunden hat, weil Bloch vor dem Gespräch wissen wollte, ob und welche seiner Bücher sein Gesprächspartner gelesen hätte. Da Pepi Zelger diese Frage, wie er selbst berichtet, negativ beantworten mußte, lehnte Bloch das Gespräch ab.

Dieses Verhalten des sonst äußerst entgegenkommenden Bloch macht einen seiner Charakterzüge klar: Gespräch als Dialog war für ihn immer engagiertes Reden, Agitieren, Aufklären; das Unverbindliche ist ihm fremd, das rein Informativ zu wenig, das Plaudern verhaßt: er ist immer ein äußerst anspruchsvoller und deshalb auch schwieriger Gesprächspartner gewesen.

Er spricht zwar mit den Christen, wenn sie den Dialog suchen, mit den Bürgerlichen, wenn er zu sehen vermeint, daß sie über die eigenen engen Klasseninteressen hinauswachsen, am besten aber mit Marxisten und Menschen seiner politischen Wahl, um im Gespräch weiter zu kommen und politisch wie aufklärerisch aktiv zu werden.

Nachdem Bloch nach dem Mauerbau in Berlin nicht mehr in die DDR zurückgekehrt war und in Tübingen lehrte, begann unter den Studenten u. Intellektuellen in Deutschland eine große Blochrezeption. Bloch war einer der Väter der Studentenrevolte — wohl der einzige, der noch als Bundesgenosse anerkannt wurde — nachdem Adorno gestorben war, Habermas nicht mehr an der Universität lehrte und Horkheimer einer späten Mystik zusteuerte.

In diese Zeit der 60er Jahre fallen zwei wesentliche Prozesse. Einmal distanziert sich Bloch zunehmend vehementer von dem sowjetischen Modell des Sozialismus mit Parteidiktatur und wertet nun seine Erfahrungen als Ordinarius in Leipzig in neuem Licht. Die seit der russischen Revolution vorgetragene Überzeugung von der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft in Russland verblasst und verschiebt sich wieder in das Noch-Nicht des erwarteten Novum — die sozialistische Gesellschaft als Heimat des Menschen bleibt auch in Rußland noch aufzubauen, nachdem sie in ihren Ansätzen und Tendenzen durch die Diktatur der Partei daran gehindert wurde, sich zu entfalten. Wer hier für bürgerliche Argumentation Material vermutet, der wird sofort entlarvt: natürlich ist das Modell richtig, das Volk aber betrogen.

Der zweite Prozess war die Entdeckung Blochs durch die Theologie. J. Moltmann und J.B. Metz brachten Blochsches Hoffnungsgut und seine Philosophie des Vorscheins in eine Theologie der Hoffnung und der Weltveränderung ein.

Bloch, der im Alten Testament beheimatet ist wie kaum einer, ließ sich denn auch auf diesen Dialog ein, weil er in der Religion auch als Atheist immer noch Hoffnungsinhalte und Vorwegnahmen der besseren Welt fand und deshalb sich als Erbe des Christentums ansah, in seine Philosophie das Zukunftweisende auch der Religion mitaufzunehmen.

Ende der 60er Jahre faßt er diese Annäherung der Christen an seine Gedanken zusammen in seinem «Atheismus im Christentum» die Bekenntnisschrift eines Ketzers, in der er den alten christlichen Utopien von Reich und Herrschaft Gottes die unter dem Schutt der Tradition abhanden gekommene Explosivität zurückgibt und sie auf diese Welt interpretiert wissen will.

Bloch erweckt unweigerlich den Eindruck des vitalen Optimisten. Er sucht in seinen Werken die gesamte Breite humaner Wirklichkeit nach Hoffnungsinhalten ab. Die neue, endlich humane Gesellschaft, die als Utopie und Erfüllung am Ende unserer Geschichte steht als neuer Anfang — wirft schon jetzt als herbeigerufene ihren Vorschein voraus, bis sie selbst zum Vorschein kommt. Sie kommt nicht unvermittelt und gleichsam über Nacht, sondern hat ihre Ansätze in uns — in der Übergangsgesellschaft, die mit ihr schon schwanger geht. Sie ist die Erde, von der die Menschheit in ihrer langen Geschichte geträumt hat — die Aufhebung der Verfremdung des Individuums mit dem Individuum, des Einzelnen mit der Gemeinschaft, der Gemeinschaft mit der Natur.

Ein natürlicher Mensch, versöhnt mit sich selbst in einer vermenschlichten Natur, wird auf dieser Erde endlich frei und sinnvoll leben können. Aufrechter Gang und aufgedecktes, nicht verdecktes Antlitz werden diesen Menschen kennzeichnen.

Inzwischen aber müssen hier die Voraussetzungen geschaffen werden. Die Produktionsverhältnisse müssen verändert und die Klassengegensätze dahingehend aufgehoben werden, daß die Klasse der Arbeiter, das Proletariat, sich von der Beherrschung durch die Bourgeoisie emanzipiert und das Volk selbst als Souverän den Staat leitet. Bloch setzt überall marxistische Ökonomie und politische Analyse voraus. Er ist

aber kein Ökonom. Er beschäftigt sich mit dem Zustand der Gesellschaft nach der Veränderung der ökonomischen Verhältnisse und denkt in den Kategorien einer postrevolutionären Philosophie. Als Prophet der Hoffnung lenkt er immer wieder das Augenmerk auf die Gestalt der zukünftigen Gesellschaft, auf Tendenzen unserer Wirklichkeit, die in Richtung einer besseren Wirklichkeit weisen.

Bloch ist nicht nur ein Prophet, er ist ein großer Lehrer. Wer immer an einem seiner Seminare teilnahm, die er seit nunmehr zehn Jahren in Tübingen hält, weiß, wie ehern er schweigen und zuhören kann, wenn andere reden und zu formulieren versuchen, wie lebendig und vulkanartig es aus ihm hervorbricht, wenn er in die Diskussion einsteigt, wie treffend und scharf er ironisiert und spottet, dort, wo er statt Stammeln Klarheit erwartet.

Während im Seminar Hegels Ästhetik besprochen wurde, und junge Genossen wieder einmal in der Diskussion die Kunst abschaffen wollten, weil sie sie allzu eng als pädagogisches Mittel zur Erziehung zu politischem Handeln verstanden, schwieg Ernst Bloch hinter den Rauchschwaden seiner immer brennenden Pfeife und hinter den großen Sonnengläsern, die er trägt, um seine Augen zu schützen. Es ist manchmal Enttäuschung und Gram darüber, nicht verstanden worden zu sein, Enttäuschung, die sich oft in einem Faustschlag auf den Tisch des altherwürdigen Tübinger Seminars Luft macht und der, immer seltener, lange Monologe folgen, die die rationale Ebene politischer Argumentation gerne vertauschen mit der unendlichen Vielfalt Blochscher Erzählens und Fabulierens. In solchen Augenblicken fegt er mit jugendlichem Feuer die etlichen Jahrzehnte, die ihn von seinen Hörern trennen, mit der Faust vom Tisch. Abenteuerliches kommt zum Vorschein, Hoffnungsbilder, unabgeholte Inhalte aus dem immensen Vorrat seines Gedächtnisses: er ist der Abenteurer der Hoffnung geblieben, sein Abenteuer aber geht gut aus, es endet in der Patria, die niemand kennt und doch jeder ersehnt: Heimat, als Utopie der Hoffnung.

Mit diesen Zeilen sei er in unserer Zeitung erinnert als jener, über dessen Türe in Abwandlung der elften These von Marx über Feuerbach steht: Es kommt darauf an, das Hoffen zu lernen. Dies, um die Welt zu verändern.

MATTHIAS ABRAM

Lyrik

Obwohl ich den Skolast nicht als Tummelfeld
schöngestiger Enthüllungen betrachte, werden
doch eingesandte Gedichte auf ausdrücklichem
Wunsch veröffentlicht, damit junge Kommilito-
nen die Gelegenheit erhalten, ihre Eindrücke und
Empfindungen über das Zeitgeschehen den ande-
ren mitzuteilen.

DA STEHEN

Während wir da-
stehen
keimt das Getreide
zerschlägt Hagel
den Lohn der Arbeit
Wasser reisst
Gräben
ins beste Feld

während wir da-
stehen reift
unter der Sonne
die Frucht
verdörft das letzte Futter
hilflos
sterben Tiere

während wir da-
stehen
altern
nutzlose Schutzdämme
gegen den Verfall
letzter Auswege

FÜR DIE, DIE DAVON LEBEN MÜSSEN

Dick ist die Luft
um Hof und Stall
von sterbenden Handgriffen
Von breitkrepfigen Hüten
lebt man nicht
Der Geruch nach Heu
ist faul
Armut nagt
den Kalk von den Mauern
Holzstreben brechen ein
unter dem Druck der Zeit
Letzte Hoffnung
fällt mit verdorrten Blumen
vom Söller
und
immer noch
reden Vorübergehende
von glücklicher Armut
vom grünen Tisch
appelliert man leicht
Wie schön die Landschaft

HOFFNUNG

Eine Hoffnung
steht auf
geht hinaus
in die Nacht.
Bei trockenem Brot
in der Stille
wächst sie,
im guten Glauben
an Versprechen
vermehrt sie sich
mit Kindern der Angst,
kriecht
unter die Haut
zerschundener Hände,
in armen Häusern
frisst sie sich fest...
Bis sie
zu gross wird
zusammenbricht
über Versprecher.

Eine Hoffnung
steht auf
geht hinaus
in die Nacht.

UNTER DEN LAUBEN

Ah
Du bist
Franco
Si
E tu sei
Gerhard
Ja
Che c'è di nuovo?
Vögel die fliegen...

Bereits im Oktober vergangenen Jahres stellte uns Dr. Luis Ruedl den folgenden Beitrag über die notwendigen Vorbedingungen zur Ausübung des Arztberufes zur Verfügung. Der Plan, diese Abhandlung durch eine Erörterung über die Berufsaussichten der Studierenden der Medizin zu ergänzen, mußte vorläufig aufgegeben werden, weil sich in der Zwischenzeit kein Kollege der medizinischen Fakultät bereit gefunden hat, diesen ergänzenden Beitrag zu liefern. Vielleicht gelingt dieses Vorhaben in einer späteren Nummer.

Der Weg zum Arzt-Beruf

Die Medizinstudenten, im besonderen jene, die vor dem Abschluß ihres Studiums stehen, sind vor die Frage gestellt, welche Möglichkeiten sich ihnen nach der Promotion bieten, den Beruf auszuüben.

Falls sie nicht die Universitätslaufbahn einschlagen, stehen ihnen zwei Wege offen und zwar: der Freiberuf oder die Tätigkeit im Krankenhaus. Falls der junge Mediziner die zweite Möglichkeit wählt, ist es wohl zweckmäßig, daß er über die Bestimmungen, die den Rechtsstatus und die Besoldung der Krankenhausärzte in unserer Provinz betreffen, im Bilde ist.

Welches sind die Voraussetzungen zur Ausübung des Arztberufes?

Wie bekannt, kann der Arztberuf schlechthin erst nach bestandener Staatsprüfung ausgeübt werden. Um zu dieser zugelassen zu werden, muß nach Abschluß des Medizinstudiums, gemäß Staatsgesetz vom 12.2.1968, Nr. 132, ein einjähriges Praktikum, auf Universitätskliniken oder in allgemeinen Regionalkrankenhäusern oder in anderen Krankenhäusern, die mit Dekret des Gesundheitsministers dafür für geeignet erklärt werden, absolvieren (1). Die Praktikanten stehen in keinem Arbeitsverhältnis mit der Krankenhausverwaltung. Sie haben jedoch Anrecht auf unentgeltliche Verköstigung sowie auf einen Monatsbeitrag entsprechend einem Drittel des Anfangsgrundgehaltes eines Assistenten. Andererseits sind sie verpflichtet, die für die Assistenzärzte vorgesehene Arbeitszeit einzuhalten (40 Stundenwoche).

Welches sind die Voraussetzungen für die Einstellung ins Krankenhaus?

Während nach abgelegter Staatsprüfung der Ausübung des Arztberufes nichts mehr im Wege steht, kann sich für eine Stelle im Krankenhaus nur bewerben, wer darüberhinaus die «Befähigung» für die ausgeschriebene Stelle besitzt. Um diese zu erlangen, werden jedes Jahr für das Sanitätspersonal (2) deutscher Muttersprache von der Regionalverwaltung besondere, nach Dienstrang und Fachrichtung getrennte Befähigungsprüfungen ausschließlich in deutscher Sprache durchgeführt. Die so erlangte Befähigung ist nur für die Stellenbesetzung bei Krankenhäusern in der Provinz Bozen gültig, während man zur Teilnahme an Wettbewerben bei Krankenhäusern außerhalb der Provinz die staatlich erworbene Befähigung besitzen muß. Diese ist selbstverständlich auch für die Provinz Bozen gültig. Die entsprechenden Prüfungen finden nur in italienischer Sprache statt (3).

Wie erfolgen die Aufnahmen im Krankenhaus?

Nach dem bereits in der Verfassung verankerten Grundsatz erfolgt die definitive Einstellung als Assistenz-, Ober- und Primararzt ausschließlich durch öffentlichen Wettbewerb nach Titeln (4) und Prüfungen. Daran teilnehmen kann, wer außer den üblichen Voraussetzungen, wie gesagt, auch die «Befähigung» für die zu besetzende Stelle besitzt. Die Wettbewerbsbestimmungen schreiben auch vor, welcher Sprachgruppe die ausgeschriebene Stelle vorbehalten ist. Die Zusammensetzung des Krankenhauspersonals muß nämlich dem Bestand der Sprachgruppen angepaßt sein, wie sie im Verwaltungsrat vertreten sind. Im Bozner Krankenhaus ist die Zusammensetzung des Personals auf jeden Fall für die deutsche und italienische Sprachgruppe paritätisch. Nach bestandener Wettbewerbsprüfung müssen die Bewerber außerdem eine schriftliche und mündliche Prüfung zur Feststellung der Kenntnis jener Sprache, in der die Prüfungen nicht abgelegt wurden, bestehen. Die einer der Sprachgruppen vorbehaltene Stelle, die

wegen Fehlens geeigneter Bewerber (5) derselben Sprachgruppe oder wegen Verzichts frei bleiben sollten, wird in der Reihenfolge der Rangordnung dem geeigneten Bewerber der anderen Sprachgruppe zugewiesen.

Bis zur Durchführung des ausgeschriebenen Wettbewerbes, die mehrere Monate dauert, kann die Stelle provisorisch an jenen Bewerber mit den meisten Titeln (ohne Prüfungen) vergeben werden. Allerdings wird auch in diesem Falle, aus verständlichen Gründen, die Sprachprüfung abgenommen. Es ist noch zu erwähnen, daß die Krankenhausärzte, die einmal die Sprachprüfung bei einem Wettbewerb bestanden haben, bei der Teilnahme an anderen von einem der Krankenhäuser der Provinz Bozen ausgeschriebenen Wettbewerben oder bei provisorischer Stellenbesetzung von weiteren Sprachprüfungen befreit sind.

Die rechtliche Stellung des Krankenhausarztes

Das bereits zitierte Gesetz Nr. 132/1968 hat hinsichtlich des Rechtsstatus des Sanitätspersonals dahingehend eine Neuerung eingeführt, daß es zwei Arten von Dienstverhältnissen vorsieht und zwar mit ausschließlicher bzw. mit beschränkter Leistung im Krankenhaus. Das erste Dienstverhältnis hat zur Folge, daß der Arzt keiner anderen Tätigkeit außerhalb des Krankenhauses nachgehen darf. Das Arbeitsverhältnis mit beschränkter Leistung im Krankenhaus, das in der Region Trentino-Südtirol nur ausnahmsweise gewährt wird, erlaubt hingegen die freiberufliche Tätigkeit auch außerhalb des Krankenhauses, sofern die Dienstzeit von wenigstens 30 Wochenstunden eingehalten wird.

Besoldung und Versicherung

Mit Arbeitsabkommen vom 2.4.1970 sind u.a. die Gehalts- und die damit zusammenhängenden Lohnfragen geregelt worden. Gemäß diesem Abkommen bezieht das Ärztpersonal ein Monatsgehalt, wie jeder Angestellte, sowie die ihm zustehenden Beteiligungen. Es ist klar, daß die Gehälter verschieden sind, je nachdem es sich um ein Dienstverhältnis mit ausschließlicher oder mit beschränkter Leistung im Krankenhaus handelt.

Ebenfalls wie jeder Angestellte ist auch das Arztpersonal kranken- und pensionsversichert.

Abschließend sei noch daraufhingewiesen, daß der Krankenhausdienst, den die im Gebiete der Region ansässigen Ärzte im Sinne des Gesetzes vom 10. Juli 1960, Nr. 735 im Ausland geleistet haben, auf Antrag des Betroffenen mit Beschluß des Regionalausschusses anerkannt wird (6).

(1) Da immer noch das Dekret der Minister für Unterricht und Gesundheitswesen, mit dem die Zulassung zum Praktikum sowie dessen Abwicklung geregelt wird, ausrückend ist, gilt in Wirklichkeit immer noch das von den früheren Bestimmungen vorgesehene sechsmonatige Praktikum.

(2) Zum Sanitätspersonal gehören Ärzte und Apotheker.

(3) Während die staatlichen Befähigungsprüfungen schon einmal durchgeführt worden sind, sollen die ersten regionalen deutschsprachigen in nächster Zeit stattfinden. Die oben erwähnte Befähigung als Voraussetzung zur Stellenbesetzung ist mit Gesetz 12.2.1968, Nr. 132 eingeführt worden. Es sind jedoch wieder Bestrebungen im Gange, das vom genannten Gesetz vorgesehene System der Stellenbesetzung abzuändern.

Bis zur Durchführung der ersten regionalen Befähigungsprüfungen sieht man bei der Besetzung der freien Stellen, die nur provisorisch erfolgt, von der Befähigung ab.

(4) Als Titel werden bewertet:
— Krankenhausdienste
— Dienste auf Universitätskliniken
— Dienste beim Gesundheitsministerium
— Dienste bei Gemeindegesundheitsämtern
— Fachausbildungen
— Wissenschaftliche Abhandlungen
— Publikationen

(5) Als geeignet in diesem Sinne gelten jene Bewerber, die außer der Wettbewerbsprüfung auch jene zur Feststellung der Kenntnis der zweiten Sprache bestanden haben.

(6) Die die behandelte Materie betreffenden Bestimmungen:
— Staatsgesetz vom 12.2.1968, Nr. 132;
— Dekret des Staatspräsidenten vom 27.3.1969, Nr. 130;
— Regionalgesetz vom 23.9.1970, Nr. 23;
— Arbeitsabkommen Fiarc-Arztessyndikate 2.4.1970 sowie das Zusatzabkommen vom 28.10.1970.

Promotionen

DANDER Claudia, Brixen	Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Verona. Dissertationsthema: «Die Religiosität der „Geschichten vom lieben Gott“ von R.M. Rilke».
KOB Karl, Salurn	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Graz.
KÖGL Josef, Bozen	Promotion zum Doktor der Physik, Fachrichtung Astrophysik, an der Universität Padua. Dissertationsthema: «Das Mitschleppen von Inertialsystemen in Gravitationsfeldern».
KURY Christine, Meran	Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Verona. Dissertationsthema: «Entwicklungsstufen und entsprechende Erlösungsversuche im dichterischen Werk Georg Trakls».
LEONI Marlarita, Bozen	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
LINTNER Karl, Meran	Promotion zum Doktor in Handelswissenschaft und Volkswirtschaft an der Katholischen Universität Mailand. Dissertationsthema: «Lage und Entwicklung der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Österreich».
MESSNER Siegfried, Teis	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte, an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: «Weihematrikel des Bistums Brixen 1641-1685».
MITTICH Waltraud, Toblach	Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Padua. Dissertationsthema: «Die Lyrik der Ingeborg Bachmann».
NAUMANN Antonie, Bozen	Promotion zum Doktor der Mathematik an der Universität Padua.
NITZ Siegfried, Bozen	Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Verona. Dissertationsthema: «Die Lyrik in Südtirol seit 1920 - Eine Flucht vor der Wirklichkeit».
OBLETTER Anton, St. Ulrich	Diplom-Bildhauer an der Akademie für Bildende Künste Wien (Juli 1972)
PARDELLER Reinhard, Bozen	Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Verona. Dissertationsthema: «Ernst Fischer».
PICHLER Luis, St. Martin/Pass.	Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Verona. Dissertationsthema: «Nietzsche: „Von Gott zum Übermenschen“».
PITSCHIEDER Johann, St. Ulrich	Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Verona. Dissertationsthema: «Die moderne faustische Problematik in „Doktor Faustus“ von Thomas Mann».
PLAICKNER Franz, Alcha/Schabs	Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Verona. Dissertationsthema: «Die Lyrik der Annette von Droste-Hülshoff».
PRADER Maria Rosa, Brixen	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
SALTUARI Klaus, Bozen	Promotion zum Doktor der Physik an der Universität Bologna. Dissertationsthema: «Die Nutzung der Sonnenenergie».
SÖLVA Erhard, Kaltern	Graduierung zum Diplom-Ingenieur für Landwirtschaft an der Hochschule für Bodenkultur Wien.
STAUDER Jakob, Sand. i.T.	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Psychologie und Pädagogik, an der Universität Salzburg. Dissertationsthema: «Die motivationalen Hintergründe des extremen Bergsteigens».
STEINKELLER Hermann, Kastelruth	Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Padua. Dissertationsthema: «Grillparzers „Des Meeres und der Liebe Wellen“».
TRIBUS Nikolaus, Lana	Promotion zum Doktor der Handelswissenschaften an der Universität Mailand.

INTERNATIONALES SÜDTIROL - SEMINAR

In der Zeit vom 9. - 11. Juni 1973 (Pfingsten) findet im Karl Brunner-Europahaus in Neumarkt, Steiermark, das schon Tradition gewordene Internationale Südtirol-Seminar unter dem Leitsatz « Selbstbehauptung oder Assimilation - die Alternativen einer Minderheit » statt. Zu diesem vor allem für die Südtiroler Hochschüler interessanten Seminar sprechen unter anderen Landesjugendreferent Dr. Walter WEISS, Naturns, Generalsekretär der Europa-Union Schweiz Luzius WASESCHA, Bern, und Prof. Samo PAHOR, Triest.

Vorgesehene Tageseinteilung:

SAMSTAG, 9.6.

16.30 Uhr:	Eröffnung
ab 17.00 - 18.45 Uhr:	Referat und Diskussion
19.00 Uhr	Gemeinsames Abendessen

SONNTAG, 10.6

9.30 - 11.45 Uhr:	Referat und Diskussion
12.00 Uhr:	Gemeinsames Mittagessen
16.00 - 18.30 Uhr:	Referat und Diskussion
19.00 Uhr:	Gemeinsames Abendessen und Empfang der Marktgemeinde Neumarkt

MONTAG, 11.6.

9.30 - 11.45 Uhr:	Referat und Diskussion
12.00 Uhr:	Gemeinsames Mittagessen

Freier Aufenthalt (Verköstigung und zwei Nächtingen) für alle Teilnehmer. Fahrtkostenzuschüsse können gewährt werden.

Anmeldungen erbeten an

Europäische Föderalistische Bewegung
A-8011 GRAZ, Postfach 228.

BEITRÄGE FÜR FAMULANTEN

Es wird darauf hingewiesen, daß der Termin für die Einreichung der Gesuche um Beihilfen für Famulanten auf den 31. Juli 1973 verlängert worden ist.

Das Gesuch ist gemeinsam mit einem Familienbogen, der Steuererklärung und einer Bestätigung der Universität über besuchte Vorlesungen und abgelegte Prüfungen an die Ärztekammer (39100 Bozen, Postgasse 16) zu schicken.

skolast

Südtiroler Hochschülerzeitschrift

Herausgeber und Verwaltung:
Südtiroler Hochschülerschaft,
39100 Bozen, Waltherhaus, Tel: 24 6 14

Redaktion: HELMUT GRITSCH
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: WALTER FILL

Druck TEZZELE - Leifers - Bozen

Anzeigenpreis: die 60mmbreite Zeile L. 60

Skolast, 4—6 Hefte im Jahr Einzelpreis Lire 300.-

Abonnement: Italien Lire 1500
Österreich öS 70
Deutschland DM 12

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen

Österreich: Creditanstalt - Bankverein Innsbruck
Konto Nr. 89-64371

Deutschland: Bayrische Staatsbank, München, Konto Nr. 94-098

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.

Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. I/56, Erlaß vom 18. Juni
1956 - Sped. in abb. post. - Gruppo IV, 70%.
